



## Protokoll

der 34. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 19. Oktober 2023, um 20:01 Uhr

<b>Vorsitz:</b>	<i>Bülent Pekerman, Grossratspräsident</i>
<b>Protokoll:</b>	<i>Beat Flury, I. Ratssekretär Sabine Canton, II. Ratssekretärin Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung</i>
<b>Abwesende:</b>	<i>Salome Bessenich (SP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)</i>

### Verhandlungsgegenstände:

44.	Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend mit U-Abo bis zu den FHNW-Standorten Brugg und Olten .....	2
45.	Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität .....	5
46.	Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen .....	7
47.	Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend ÖV-Verbindung nach Inzlingen .....	12
48.	Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Öffnung der Unterführung Grenzacherstrasse für Velos/E-Bikes/Motorfahräder .....	12
49.	Interpellation Nr. 74 Eric Weber betreffend Flughafen-Bus in Basel - warum ist dieser kostenfrei für Reisende, die in Deutschland buchen? Wer bezahlt das? .....	14
50.	Interpellation Nr. 102 Stefan Wittlin betreffend Verkauf der Allmendflächen der Globus-Arkaden .....	15
51.	Interpellation Nr. 112 Lisa Mathys betreffend Einschätzungen zur Verkehrsentwicklung im Osten der Stadt .....	16
52.	Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung .....	16
53.	Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle «Schule und Kultur» nach dem Vorbild des Kanton Zürichs - aus bestehenden Ressourcen .....	18
54.	Motion Alex Ebi und Konsorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle .....	20
55.	Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend politische Bildung von Jugendlichen durch Abgabe eines Medien-Gutscheins .....	21
56.	Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend genügend Unterrichtszeit für alle .....	21
57.	Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule .....	22
58.	Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Einführung eines Praktikums in der Fachmaturitätsklasse Pädagogik für zukünftige Lehrpersonen .....	25
59.	Interpellation Nr. 114 Jo Vergeat betreffend «Ist die Durchführung der UEFA Women's Euro 2025 in Basel gefährdet?» .....	25
60.	Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie .....	26
61.	Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige .....	27
62.	Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Stoppen des Projekts "Ausdehnung von E-Voting" ...	27
63.	Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus .....	31



## Beginn der 34. Sitzung

Donnerstag, 19. Oktober 2023, 20:00 Uhr

### 44. Motion Annina von Falkenstein und Konsorten betreffend mit U-Abo bis zu den FHNW-Standorten Brugg und Olten

[19.10.23 20:00:05, 23.5230.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Thomas Gander.

*Thomas Gander (SP):* Wir haben es gehört, die Motion soll teilweise rechtlich nur zulässig sein. Es ist uns aufgefallen, vielleicht Ihnen auch, dass wir jetzt ein paar Motionen hatten, die entweder rechtlich unzulässig oder nur teilweise zulässig waren. Da fragt sich ein wenig, schreiben wir die Motionen so fehlerhaft oder so schlecht oder hat der Regierungsrat eine neue Sensibilität entwickelt, dass wir dann die Motionen eher in Anzüge umwandeln. Das lasse ich jetzt mal so offen. Auf jeden Fall müssen wir uns hier fragen, ist diese Motion wirklich rechtlich unzulässig. Der Hauptkritikpunkt ist ja, dass die Motion keinen zwingenden Charakter aufweist und das würde ich jetzt einmal hier sehr stark widerlegen. Es wird gefordert, dass der Regierungsrat sich einsetzt, dass ein U-Abo bis nach Olten oder Brugg für Studierende verlängert wird oder eine andere preiswerte Abo-Lösung gefunden wird. Und das, denke ich, ist doch sehr eine spezifische Forderung an den Regierungsrat mit durchaus zwingendem Charakter. Insofern haben wir uns dann weiter mit dem Anliegen auseinandergesetzt.

Es ist schon so, wir haben mit vier Trägerkantonen eine FHNW gegründet. Zu Recht ein Erfolgsprodukt, es gibt immer mehr Studierende, die diese Fachhochschule besuchen und ich darf/soll selber dort auch Dozent sein und natürlich ist es in der Fachhochschulpolitik dann so üblich, dass man Schwerpunkte verteilt auf die verschiedenen Standorte, dass jeder Standort seine Wichtigkeit erhält. Und so bringt es mit sich, dass dann die Studierenden quasi von A nach B pendeln müssen die ganze Zeit, um ihre verschiedenen Module zu besuchen. Ich erlebe es oft, dass Studierende von mir am Morgen in Olten sind, am Nachmittag dann nach Muttenz müssen und dann dort weiter zu studieren und das geht ins Geld. Das U-Abo hört auf in Tecknau, dann ist Schluss, dann muss eine andere Lösung gefunden werden und wir haben es gesehen, hier wurde sehr gut ausgeführt, auch in der Beantwortung, was das kostet.

Hier erachten wir es doch als begrüssenswert, wenn der Regierungsrat sich zumindest dafür einsetzt, dass eine Lösung, auch hier eine spezifische Lösung gefunden wird. Natürlich bringt der Regierungsrat hier das Gleichstellungsprinzip zum Zuge, dass das hier dem Gleichstellungsprinzip widerspricht. Dieser Argumentation folgen wir oft ja auch, aber hier geht es wirklich um ein spezifisches Problem, das wir geschaffen haben durch solch ein Konstrukt und wir sind ein Trägerkanton von diesem Konstrukt und es macht für uns Sinn, dort Einfluss zu nehmen.

Die Antwort lässt dann auch etwas Fragezeichen offen. Wie weit ist es dem Regierungsrat wirklich ernst, sich für das einzusetzen, das werden wir sicher nachher noch hören. Wir haben da etwas unsere Zweifel und somit möchten wir lieber diese Motion auch als Motion weiterüberweisen und den Regierungsrat wirklich dazu bringen, hier quasi sich dafür einzusetzen, dass für diese Studierende eine Lösung gefunden wird.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

*Béla Bartha (GAB):* Also mir ging es ein bisschen anders wie Thomas Gander. Ich habe das noch gut nachvollziehen können, dass es da gewisse Schwierigkeiten gibt für die Regierung, diese Motion als Motion wirklich zu behandeln. Es ist ja auch eine grosse Koordinationsarbeit, weil es nicht ein rein baselstädtischer Vorstoss ist, sondern da verschiedene Regierungen drin sind und es deshalb auch nicht ganz in den Verantwortungsbereich der Regierung hineinfällt und deshalb auch diese Motion wahrscheinlich schwierig ist. Es wäre ein bisschen realitätsfern zu sagen, man kann das als Motion einfach so durchdrücken.



In dem Fall kann ich also dieser Argumentation der Regierung gut folgen, auch wenn es wirklich eine sehr traurige Geschichte ist, weil für den Inhalt dieser Motion bin ich voll und ganz und gar. Ich denke mir, dass es sehr sinnvoll ist, dass sich hier die Regierung wirklich auch bemühen würde, auch wenn es schlussendlich ein Anzug ist, für den wir einstehen, das wirklich auch zu realisieren, dass unsere Studentinnen und Studenten der FHNW da Vergünstigungen haben und wirklich eine gute Lösung gefunden wird innerhalb des Tarifverbundes.

Das ist ganz in unserem Sinn und dennoch möchte ich, dass man der Regierung da einen gewissen Handlungsspielraum gibt, aber nicht einen Vertagungsspielraum, sondern eher eine Akzelerierungs-Möglichkeit gibt, diesen Vorstoss als Anzug, aber dann doch im Sinne der Motion durchzuführen und ein gutes Resultat zu finden. Weil die Idee ist absolut bestechend.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Die Motion fordert, dass für die Schülerinnen und Schüler der FHNW nach Olten und Brugg keine zusätzlichen Reisekosten entstehen sollen, indem ihr U-Abo bis nach Olten oder Brugg Gültigkeit haben soll. Wir erkennen die Problematik, dass dieser Weg nach Olten und Brugg für Studierende der FHNW teuer sein kann und dass eine Lösung gesucht werden muss. Ich kann mir aber nicht vorstellen, dass für die Schülerinnen und Schüler der FHNW ein U-Abo einfach auf ein grösseres Netz verlagert werden kann. Zum Beispiel gibt es ja auch, sagen wir jetzt einmal, Medizinstudenten, die keinen Platz an der Uni Basel erhalten haben, sondern nach Bern reisen müssen, weil ihnen dort ein Platz eingeteilt wurde, auch denen entstehen ungewollt sehr hohe Reisekosten. Zudem fallen Reisespesen nur unter der Woche an, also Samstag und Sonntag müssten ausgenommen sein. Es ist aber gut, wenn die Reisespesen für Studierende weiterhin mit allen Playern der Trägerkantone der FHNW, der SBB, TNW angeschaut werden und nach Lösungen gesucht wird. Ich vermute mal, dass wahrscheinlich die Ausarbeitung auch zeigt, dass wirklich keine Einigung gefunden werden kann. Ich möchte aber trotzdem den Regierungsrat ermutigen, weiterhin nach Lösungen zu suchen und vor allem auch sehr zeitnah zu informieren, da das Thema wirklich sehr brisant und sehr wichtig ist für die Studierenden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Vielen Dank für die Vorvoten. Es freut mich sehr, dass inhaltlich die meisten von Ihnen dem Anliegen nahestehen und das eigentlich auch umgesetzt sehen wollen. Ich kann auch nachvollziehen, dass Sie eine nur teilweise rechtlich zulässige Motion lieber als Anzug überweisen, als diese als Motion zu behalten. Ich und die LDP plädieren dafür, bei der Form der Motion zu bleiben, weil die Verbindlichkeit des Anliegens unserer Meinung nach und gemäss der Stellungnahme der Regierung, auf jeden Fall das, was wir dort zwischen den Zeilen lesen, zu fest verwässert, wenn es nicht bei einer Motion bleibt und das wäre sehr schade.

Weiterhin ist es so, es besteht eine Ungereimtheit zwischen dem Bildungsangebot, das mit der FHNW und den vier verschiedenen Kantonen, die dabei sind, geschaffen wurde, und dem Mobilitätsangebot, das diesen vier Standortfaktoren nicht nachkommt. Und ich kann Ihnen sagen, der Vergleich mit anderen Unis, die nicht in Basel sind, der hinkt, weil die FHNW ist das Fachhochschulangebot für Personen aus Basel-Stadt. Das ist nicht zu vergleichen, wenn Sie an eine Fachhochschule nach Luzern gehen, dann ist das freiwillig, aber das Angebot in Basel besteht. Es ist aber halt an vier verschiedenen Standorten aufzufinden.

Und wenn da aufgrund dieser Ungereimtheit, nennen wir es im Weiteren so, nachher das BVD berichtet, dass man keine Personengruppe hervorheben möchte, dann muss ich sagen, das ist eine durch uns von der Politik geschaffene Personengruppe, die dieses Angebot der FHNW, das eben mit den vier Kantonen geschaffen wurde, nutzt und die das Angebot, das für diese Personengruppe vorgesehen ist, genau in diesem Sinne nutzt, wie es gedanklich von der Politik hier geschaffen wurde. Entsprechend grenzt es wirklich ein bisschen an eine leichte Frechheit, dass das in keinem Satz Platz findet in der Stellungnahme der Regierung und lässt mich gerade deshalb auch anzweifeln, ob wirklich geplant ist, hier etwas zu machen und das anzustossen. Ich habe von Studierenden, die unterdessen schon nicht mehr an der FHNW sind, gehört, mehrfach von verschiedenen Personen, dass das schon lange ein Thema ist und dass keine Lösung gefunden wird.

Entsprechend stutzig macht es mich auch, dass auf meine Interpellation aus dem ersten Quartal dieses Jahres keine der nun in der Stellungnahme zu findenden Massnahmen, die offenbar am Laufen sind, erwähnt wurde und ich habe den Eindruck, dass dieses Anliegen einfach nicht seriös verfolgt wird vom BVD und hoffe deshalb sehr, da kann ich mich Laurin Hoppler anschliessen, dass dieser Anzug nicht in der Schublade verstaubt. Ich fand das einen sehr schönen Vergleich, denn es ist ein bisschen fies gegenüber Studierenden, die halt nur während der Zeit ihres Studiums dieses Anliegen verfolgen, nicht nachzukommen mit dieser Forderung, die schon lange besteht, nur weil die Studierenden sich halt immer wieder erneuern, weil sie abschliessen und neue dazu kommen. Ich hoffe deshalb wirklich sehr, dass das BVD, auch wenn das nach «Chrüzlistich» sehrwahrscheinlich als Anzug überwiesen wird, nicht einfach verstaubt, sondern dass dem nachgegangen



wird und dass trotzdem auch der letzte Teil der Motion, auch wenn es ein Anzug ist, aufgenommen werden könnte, wo es nämlich darum geht, im Falle keiner Lösung mit dem TNW wirklich nachher eine Lösung für die Personen aus Basel-Stadt zu finden.

In diesem Sinne bitte ich Sie, sich das nochmal zu überlegen, ob Sie hier nicht ausnahmsweise den Inhalt über die rechtliche Formalität setzen möchten und bitte Sie, nicht in einen Anzug umzuwandeln, sondern als Motion zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde hätte die Regierungsrätin das Wort und sie wünscht es.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich muss selbstkritisch heute feststellen, offensichtlich wirken unsere Berichte zum Teil defensiver oder weniger positiv gegenüber dem Anliegen, als es tatsächlich gemeint ist. Daran müssen wir arbeiten. Weil tatsächlich sind wir dran, dieses Modul-Abo, das ist eine Variante, wie wir diese Forderung auch erfüllen könnten. Ich muss auch sagen, die Mitgliedschaft beim TNW, das ist zuweilen ein Bohren dicker Bretter, weil da sind viele Interessen, viele Kantone, Sonderlösungen sind da schwierig, da muss man die anderen auch wirklich überzeugen, zumal Einstimmigkeit gefordert ist bei solchen Geschäften. Es reicht nicht, wenn wir eine Mehrheit haben im TNW, sondern wichtige Beschlüsse unterliegen der Bedingung, dass sie von allen gefällt werden.

Wir sind dran, wir sind auch schon weitergekommen, insofern ist der Druck, den Sie machen, sei es mit Motion oder mit Anzug, in diesem Fall bitten wir Sie um die Überweisung eines Anzugs, aber ich glaube, der Druck ist auch gut, wir können das gegenüber dem TNW dann auch dokumentieren, dass das wirklich einem Bedürfnis entspricht und ich kann Ihnen versprechen, wir bleiben dran.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt eine Zwischenfrage von Thomas Gander. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Thomas Gander (SP):* Könnten Sie vielleicht noch ausführen, welchen Druck Sie genau machen müssen oder was Ihre Möglichkeiten sind, Druck zu machen?

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Wie gesagt, ist es im Rahmen des TNW immer schwierig, Sonderlösungen zu machen. Wir müssen alle anderen Kantone im Boot haben, um Lösungen zu finden, um auch Anpassungen oder Sonderangebote vorzunehmen und ich glaube, deshalb ist es wichtig, auch zeigen zu können, dass das hier der Region wichtig ist. Aber ich glaube, das ist mit diesem Vorstoss hier auch erfüllt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Thomas Gander beantragt, sie als Motion zu überweisen. Wir kommen zur Abstimmung.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion als Motion überwiesen mit 53 Nein-Stimmen bei 39 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion

### **Ergebnis der Abstimmung**

**39 Ja, 53 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001724, ]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.



#### 45. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Basel pro Klima: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität

[19.10.23 20:15:50, 19.5144.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Warum die Biodiversität in der Schweiz zurückgeht, wissen wir. Wir wissen auch, was wir dagegen tun können. Auf Bundesebene wird nicht genügend getan. Die zehn Ziele der nationalen Biodiversitätsstrategie, die bis 2020 hätten erreicht werden müssen, wurden nicht erreicht. Als Kantonspolitikerin kann ich national da wenig machen, aber bei uns im Kanton. Vor vier Jahren haben wir die Motion zum Erhalt der Erhöhung der Biodiversität zum zweiten Mal zur Umsetzung überwiesen.

Für alle, die damals noch nicht im Grossrat waren, zu Punkt 1, der rechtlich unzulässig war, den habe ich aus den Forderungen rausgenommen in meinem damaligen Votum. Aber es geht nach wie vor um die Motion, es geht um Punkt 2 bis 5, und eine Motion, die das zweite Mal überwiesen wurde, hat eine gewisse Verbindlichkeit. Tatsächlich wurden Anstrengungen unternommen, was ich sehe und mich an dieser Stelle auch dafür bedanke, aber die eigentlichen Forderungen der Motion werden nur teilweise unscheinbar, auch zögerlich berücksichtigt und umgesetzt, obwohl sie umsetzbar wären. Zwei Beispiele: auf Seite 2 des Berichtes steht, ich zitiere: «Es geht um die biologische Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen. Es werden der Erhalt und die Förderung von Biodiversitätsflächen über die biologische Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen angestrebt».

Die Motion verlangt etwas anderes. Angestrebt ist zu schwach und nicht verbindlich. Ziel der Motion ist kein Einsatz von Pestiziden auf Kantonsgebiet und nicht, wir streben dies an und vielleicht schaffen wir es in zehn, 20 Jahren. Ich zitiere weiter: «Bei einem Pächterwechsel der Landwirtschaftsflächen im Kanton Basel wird durch Immobilien Basel-Stadt in Absprache mit der Landwirtschaftskommission jeweils die Umstellung auf Biolandbau geprüft». Geprüft, warum noch prüfen? Die Motion verlangt eine klare Umsetzung, dass Pestizide nicht mehr eingesetzt werden sollen, also auch eine Umstellung aller Betriebe auf Bio. Warum hier so zögerlich? Die Motion verlangt mehr. Ich frage mich, ob die Nichterfüllung der Motion überhaupt rechtlich zulässig ist. Ich bitte die Regierung, auch hier mehr zu machen und klarer zu sein und bitte, den Bericht nicht als erledigt zu betrachten.

Da ich nun einige Jahre hier im Rat bin, weiss ich, dass meine Redezeit kaum die Ratskolleginnen und Ratskollegen überzeugen wird, hat der »Chrüzlistich« doch oft auch eine prognostische Aussage. Eine kleine Hoffnung besteht, dass mir einzelne zugehört haben und vielleicht auch die GLP, die heute doch einen recht starken Biodiversitätstag hatte. Vielleicht könnte der eine oder andere der GLP mir hier ausnahmsweise zustimmen. Und andererseits hoffe ich, dass meine Botschaft auch bei der Regierung angekommen ist und dass ich wenigstens das hier habe deponieren können. Danke fürs Stehenlassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher für das GAB ist Harald Friedl.

*Harald Friedl (GAB):* Auch das GAB will die Motion von Sasha Mazzotti stehen lassen, darum stehe ich auch hier und gebe das zu Protokoll. Sasha Mazzotti hat eigentlich das Wesentliche schon erzählt. Auch wir sind nicht zufrieden mit dem Bericht. Es ist eine sehr schöne Auflistung von, was der Kanton alles macht zur Förderung und zum Schutz der Biodiversität in diesem Kanton, aber er geht eigentlich am Auftrag vorbei, den der Grosse Rat vor vier Jahren mit dieser Motion mitgegeben hat. Und unsere Erwartung war eigentlich schon, klar, bei Punkt 1, das sehen wir auch so, das war rechtlich nicht zulässig, diese Forderung, aber es gibt noch weitere Forderungen und die wurden da auch in der Debatte bestärkt durch die Voten der unterstützenden Parteien und Fraktionen. Und da sehen wir eben diese Forderungen nicht umgesetzt. Es bleibt bei Aktivitäten in dieser Aufzählung, die nicht die Umsetzung, also die Vermeidung oder die Verminderung oder das Auslassen von Pestiziden konsequent umsetzt. Beispiele hat Sasha Mazzotti da schon gebracht.

Ich könnte auch das mit dem Gold-Label bringen. Das freut mich sehr, dass Basel-Stadt jetzt das Gold-Label anstrebt, das habe ich auch schon bei einem anderen Geschäft lobend erwähnt. Ich freue mich auch, wenn das der Kanton Basel-Stadt



dann erreicht. Der Grund, dass wir es bisher noch nicht hatten, dass wir bis jetzt erst das Silber-Label haben, sind zum Beispiel die Pestizideinsätze bei den Sportanlagen. Und da schreibt der Regierungsrat, dass es jetzt beim Pfaffenholz biologisch bewirtschaftet wird, dass der Pestizideinsatz dort jetzt bei null ist oder gegen null ist, aber ich frage mich, wieso beim Pfaffenholz und nicht bei den anderen Sportanlagen. Es funktioniert, das wissen wir, und da wäre schon die Erwartung gewesen, wenn die Motion mit diesem Auftrag überwiesen wird, dass da halt dann wirklich gehandelt wird und bei allen Möglichkeiten, wo der Kanton direkten Einfluss hat, diese umsetzt.

Von dem her bitten wir Sie auch im Namen des GAB, diese Motion zum Stehenlassen zu empfehlen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

*Beat K. Schaller (SVP):* Ausser SP und GAB haben ja laut »Chrüzlistich« alle ein als erledigt abschreiben eingetragen. Es hat sich sonst niemand zu Wort gemeldet. Ich werfe mich da in die Bresche und beantrage Ihnen, diese Motion als erledigt abzuschreiben. Sie hat einen sehr schönen Titel: Erhalt und Erhöhung der Biodiversität. Das ist ein reiner Etikettenschwindel, es geht schlicht und einfach darum, synthetische Pestizide auf Kantonsgebiet zu verbieten, üblicher Technologie und Fortschrittsfeindlichkeit. Es ist auch überraschend, dass gerade die Kreise, die ja ständig das Wort Klima und Klimakrise im Munde führen, hier nicht sich dafür einsetzen, dass wir auch mit wissenschaftlichen Mitteln zum Beispiel dafür sorgen, dass es mehr Ernten gibt respektive weniger Unkraut. Es soll alles nur mit biologischen Mitteln gemacht werden, okay, auch was im Labor entwickelt wird, ist schlussendlich biologisch, die Wissenschaft gibt einfach der Natur noch einen kräftigen Schupf.

Zur juristischen Situation. Offensichtlich interessiert es nicht, dass wir hier auf kantonalem Gebiet bei uns keine juristische Möglichkeit haben, dieses Verbot zu erlassen. Es gibt die umfassenden Regelungen auf Bundesebene und der Regierungsrat schreibt deutlich, es ist kein kantonales Verbot von synthetischen Pestiziden möglich. Anscheinend interessiert das nicht alle in diesem Saal. Wir haben ja auch eine sehr umfassende Biodiversitätsstrategie mit einem entsprechenden Massnahmenplan, darin sind entsprechende Einschränkungen von synthetischen Pestiziden enthalten. Also wir sind in unserem Kanton hier schon sehr gut unterwegs.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass Sie wegen bereits in Arbeit und unnötig diesen Vorstoss als erledigt abschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich denke, es hat sich wirklich viel getan seit 2019, auch auf nationaler Ebene, indem es eben eine neue Gesetzgebung gibt im Pflanzenschutz. Es gibt auch den Aktionsplan Pflanzenschutz auf Bundesebene, es gibt wirklich sehr viel. Wir haben es auch in der Motionsbeantwortung aufgelistet und wir hatten heute doch schon mehrere Vorstösse zum Thema, was eben zeigt, es läuft sehr viel. Auch wenn ich mir die Fragen der Motion anschau, wo Sie darum bitten, dass wir uns einsetzen, dass die Biodiversität proaktiv ausgebaut wird, dass wir uns auch überregional einsetzen, diese Dinge erfüllen wir. Sie haben auch die Grünstadt Schweiz erwähnt, das Gold-Label, das wir anstreben. Auch da gibt es Kriterien, die wir erfüllen müssen, eben beispielsweise mit dem Pestizideinsatz bei Sportanlagen. Also Sie können sicher sein, dass wir mit diesem Gold-Standard, den wir anstreben, schon ein hohes Level erreichen werden. Ich hoffe sehr, dass wir es erreichen werden, aber dass wir zumindest danach streben und eben auch mit diesem Aktionsplan der Biodiversitätsstrategie, die ist übrigens noch ganz frisch, die wurde vor wenigen Monaten von uns verabschiedet, wir sind da mittendrin. Gewisse Aktionspläne sind noch in Erarbeitung, geben Sie uns jetzt diese Zeit, diese Dinge umzusetzen. Wir sind wirklich mittendrin und wenn Sie dann irgendwann denken, es fehlen noch Dinge, dann haben Sie natürlich wieder Gelegenheit, eine Motion oder einen Vorstoss einzureichen, aber ich denke, die Fragestellungen, die hier in der Motion aufgeworfen sind, haben wir so weit beantwortet.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Sascha Mazzotti

## **Ergebnis der Abstimmung**

**46 Ja, 49 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001726, 19.10.23 20:27:46]



## Der Grosse Rat beschliesst

die Motion stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 49 Nein-Stimmen bei 46 Ja-Stimmen und keiner Enthaltung.

## 46. Motion Jean-Luc Perret und Konsorten für den unterirdischen Schutz von Grünanlagenzonen

[19.10.23 20:28:03, 23.5217.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Felix Wehrli.

*Felix Wehrli (SVP):* Der Motionär und seine linken Mitstreiter\*innen wollen ja auch keine oberirdischen Parkplätze und von genau dieser Seite höre ich doch immer wieder, dass Parkplätze besser unterirdisch gebaut werden sollten. Nun will man auch das noch verbieten, auch an den Orten, wo es noch möglich wäre. Es ist von linker Seite nichts anderes als ein Kampf gegen das Auto. Dabei auch gegen alle Arten von Antrieben, also auch klimaneutrale. Sagen Sie es doch einfach mal ehrlich und stehen Sie dazu, was Sie wirklich wollen. Dass sich die GLP hier mit den linken Parteien verbündet, ist ebenfalls nichts Neues. Geben Sie doch dem L auch mal ein bisschen mehr Gewicht als eurem G und denken Sie dabei auch ein wenig an Ihr Mitglied und unseren ehrenwerten Grossratspräsidenten. Er braucht das L und bildet jeden Tag Fahrschülerinnen und Fahrschüler aus, die auch auf Parkplätze angewiesen sind.

Dem Motionär ging es ja grundsätzlich darum, unterirdische Parkmöglichkeiten beim Kinderspital zu verhindern. Das ist aus meiner Sicht schon sehr seltsam, nett ausgedrückt, zumal der Motionär noch angibt, mal den Beruf als diplomierter Pflegefachmann gelernt zu haben. Leider arbeitet er nicht mehr in diesem Beruf, sonst wüsste er, was es bedeutet, mit einem verletzten oder kranken Kind notfallmässig ins Spital fahren zu müssen. Es gibt sie nämlich noch, die Eltern, welche sich 24 Stunden um ihre Kinder kümmern und dies nicht anderen überlassen.

Ich gebe aber zu bedenken, dass es bei einem Spital wie auch bei einem Friedhof sehr wichtig ist, dass man ganz in der Nähe parkieren kann. Ich habe auch selber schon schlechte Erfahrungen machen müssen, als ich zu meinem kurz zuvor notfallmässig eingelieferten Grosskind gehen wollte und von einer Aufsichtsperson forsch darauf aufmerksam gemacht wurde, dass ich dort nicht parkieren darf. Ich sage jetzt hier lieber nicht, wie ich darauf reagiert habe, mein Auto liess ich natürlich stehen. All das wäre aber nicht nötig, wenn es dort eine Tiefgarage geben würde.

Grünanlagen sind zudem heute schon geschützt, also lassen Sie es mit dieser unnötigen Motion. Auch die SVP ist selbstverständlich für den Schutz an Grünflächen, wo dies verhältnismässig ist. Ich erinnere an die Stadtrandbebauung, Familiengärten Moostal und wir sind auch für den Erhalt von Bäumen und auch Neupflanzungen, wo dies möglich ist.

Nun, der Regierungsrat ist ja am Prüfen, wie man das Bauen im Untergrund besser regeln kann. Warten wir doch dieses Ergebnis ab und diskutieren wir dann darüber, was sinnvoll ist und was nicht. Überweisen wir nicht Motionen, welche im Vorfeld gute Lösungen von vornherein verunmöglichen, weil sie zu ideologisch und starr formuliert sind. Diese Motion bitte nicht überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Nicole Strahm-Lavanchy.

*Nicole Strahm-Lavanchy (LDP):* Im Namen der LDP und auch der FDP spreche ich hier gegen eine Überweisung dieser Motion.



Grünanlagen sind nicht nur Orte der Erholung, des sozialen Miteinanders, sondern sie erfüllen auch eine entscheidende Rolle im ökologischen Gleichgewicht unserer Städte. Sie dienen als grüne Lungen, absorbieren CO<sub>2</sub> bieten Lebensraum für verschiedene Tier- und Pflanzenarten und tragen zur Verbesserung der Lebensqualität für die Bewohnenden bei. Es ist zweifellos von höchster Bedeutung, diese Grünflächen zu schützen und zu bewahren. Wir wissen es alle und haben das heute wirklich zu Genüge gehört.

Dennoch bin ich der festen Überzeugung, dass eine pauschale Ablehnung von Gebäuden unter Grünanlagen zu kurz gedacht ist. Moderne Bautechniken ermöglichen es, Bauten im Untergrund umweltfreundlich zu gestalten, indem sie Rücksicht auf die natürlichen Bodenfunktionen nehmen, und es können auch sehr innovative Entwässerungssysteme eingesetzt werden. Landschaftsarchitektin und Spezialistin Rhea Mollet ist auch der festen Überzeugung, denn laut ihrer Aussage an der Medienkonferenz zu den Stadtklimainitiativen, zweimal Ja, können Bäume über Leitungen problemlos gepflanzt werden und es mit dem modernen Leitungsbau kein Problem mehr darstellt. Es sollte deshalb auch überhaupt kein Problem sein, dass eine geeignete Vegetation auf unterirdischen Bauten möglich ist. Es ist ja nicht so, dass es dies nicht auch schon gäbe. Nennen wir es also doch beim Namen, so wie mein Vorredner es auch gesagt hat, diese Motion zielt spezifisch auf den Tschudi-Park ab hinsichtlich ein Parking für das UKBB. Und das finde ich sehr schade, denn es geht hier nicht mehr um die Sache von wenig Sachpolitik und so und nicht mehr um die Verbesserung der Lebensqualität der anwohnenden Bevölkerung, sondern es ist hier nur noch Machtpolitik.

Die Grünanlage Tschudi-Park trägt ihren Namen seit 2010. Zuvor hiess die weitläufige Fläche schlicht Turnplatz und das zeichnet diesen Platz auch aus. Er ist grossflächig, frei von Bäumen, nur mit Rasen bedeckt und kann daher wunderbar unterbaut werden, eingerahmt von den alten bestehenden Bäumen. Alles kein Problem, frei nach Frau Mollet. Denn im Notfall zählt jede Minute. Möchten Sie das den Eltern und Kindern antun? Parkieren unter der Tschudi-Matte bedeutet je nachdem Leben retten.

Ich plädiere daher für eine differenzierte Betrachtung jeder einzelnen Baumassnahme. Es sollte möglich sein, umweltfreundliche Bauten unter Grünanlagen zu errichten, sofern sie strenge ökologische Standards erfüllen und keine nachhaltigen Schäden anrichten. Ein transparenter partizipativer Planungsprozess ist unabdingbar, um sicherzustellen, dass alle Interessen angemessen berücksichtigt werden. Alles kein Problem.

In diesem Sinne appelliere ich an Sie, einen ausgewogenen Ansatz zu verfolgen, der sowohl den Schutz unserer Grünanlagen als auch die Bedürfnisse einer wachsenden urbanen Bevölkerung berücksichtigt. Es ist möglich, eine nachhaltige Balance zu finden, die den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird, ohne dabei unsere kostbaren Grünflächen zu gefährden. Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, diese Motion abzulehnen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Andrea Strahm.

*Andrea Strahm (Mitte-EVP):* Es ist ausgesprochen wichtig, dass auf unserem urbanen und dicht bebauten Kantonsgebiet, Riehen und Bettingen ausgenommen, auch auf den Erhalt von Baumbeständen und Grünanlagen grosses Gewicht gelegt wird. Wir brauchen diese grünen Lungen für die Lebensqualität in der Stadt, nicht nur, wenn es heiss ist, sondern auch im Winter, wenn die Luftqualität schlechter ist.

Dennoch ist es problematisch, ein generelles Verbot einer auch nur teilweisen Unterbauung von Grünanlagen auszusprechen. Unter unserem Boden verlaufen unzählige Leitungen. Keller, Kanäle. Ich erinnere Sie daran, dass wir vor noch nicht langer Zeit unterirdische Quartierparkings forderten, um den ruhenden Verkehr von den Strassen zu bringen. Damit sollten die Outdoor-Aktivitäten der Anwohnenden gefördert werden. Es liegt auf der Hand, dass derartige Quartierparkings nicht einfach unter die Häuserreihen geschoben werden können.

Es dürfte auch dem Motionär hier um ein unterirdisches Parking gehen, das wurde ja schon erwähnt, nämlich um die Tschudi-Matte. Ich bitte Sie zu bedenken, dass wir mit unserem Spitalcampus mitten in der Stadt eine einmalige Situation haben, die der ganzen Bevölkerung nahe Wege zur Gesundheitsversorgung ermöglicht. Bezahlbar ist dies aber nur zusammen mit dem Kanton Baselland und gerade für diesen sind die Wege zum USB eben nicht kurz. Deshalb fordert das Baselbiet für seine Patienten Parkplätze. Geht das nicht, steht die Beteiligung von Baselland an unserer Spitalplanung auf dem Spiel und damit auch die Gesundheitsversorgung mitten in der Stadt, von der wir hier alle profitieren. Denn eines ist klar, ein Spital auf dem Bruderholz oder in Liestal könnte sehr viel unkomplizierter und mit einer unbeschränkten Anzahl an Parkplätzen auch für die Stadtbevölkerung gebaut werden. Machen wir uns da bitte nichts vor. Auch abgesehen von der Tschudi-Matte sind wir ein urbanes Zentrum im Dreiländereck, planen Herzstücke unter der Stadt hindurch, hoffen auf einen Zubringer Bachgraben, gut, nicht alle hier, aber ich zum Beispiel, der Grossbasel West entlasten soll. Diese und viele andere Projekte würden wir mit der Annahme dieser Motion massiv behindern.

Es muss möglich sein, diese Stadt zu entwickeln, ohne auf noch mehr gesetzliche Vorschriften eingehen zu müssen. Dass Bauvorhaben schon heute unglaublich langwierig und kompliziert sind, ist doch wirklich sattem bekannt. Komplizieren wir die Verfahren also nicht noch mehr. Dass nicht ohne Not Parkanlagen und alte Baumbestände beeinträchtigt werden,





können wir hier im Hause bei jedem Projekt noch genügend prüfen und gegebenenfalls beanstanden. Die Begrünung der Stadt mit Bäumen und anderen Pflanzen ist und bleibt ein zentrales Anliegen. Dazu gehören auch die alten Bäume und dass wir die nicht ohne Not fällen, dazu habe ich mich hier auch schon zur Genüge geäussert. Auch dann, wenn wir diese Motion nun nicht gutheissen, ist das wirklich ein zentrales Anliegen dieser Stadt.

Entsprechend bittet die Mitte/EVP-Fraktion Sie, diese Motion lediglich als Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Fina Girard.

*Fina Girard (GAB):* Grünräume haben einen unschätzbaren Wert für die Basler Bevölkerung und gerade viele solcher Grünflächen, die gibt es nicht. Basel ist mit einem Anteil von nur 13 Prozent Grünflächen das Schlusslicht im Schweizer Vergleich. Ein grüner Stadtpark bietet also nicht nur jeweils sehr vielen Baslerinnen und Baslern Erholung und Bewegung, ein grüner Park leistet auch einen ausschlaggebenden Beitrag an unser Stadtklima. Im Kannenfeldpark zum Beispiel ist die Wärmebelastung an Hitzetagen bis zu 10 Grad tiefer als beispielsweise auf dem versiegelten Messeplatz.

Diese kühlende Wirkung kommt aber nur dann zum Tragen, wenn die Vegetation eines Parks gesund ist. Unterbauen wir eine Grünanlage, unterbinden wir auch diesen Effekt, denn eine Unterbauung bedeutet eine enorme Stressbelastung für tief wurzelnde Pflanzen, wie zum Beispiel eben diese alten Grosskronigen und deshalb auch klimawirksamen Bäumen. Unterbauen wir also eine Grünfläche, geht ihr ökologischer und klimatischer Wert verloren.

Die Fraktion GAB war daher hochofret, dass der Schutz von öffentlichen Grünanlagen von einer Mehrheit des Grossen Rats anerkannt wurde und die Motion im Juni überwiesen wurde. Wir erachten die Antwort der Regierung aber als ungenügend, die Stossrichtung der Motion ist dabei gänzlich verloren gegangen. Die Regierung hat den klaren Auftrag, die Stadt Basel für eine heissere Zukunft fit zu machen. Dafür gibt es das Stadtklimakonzept, die Klimastrategie, das Ziel zur Schwammstadt zu werden. Bau- und Infrastrukturprojekte, die unseren knappen Grünraum gefährden, liegen daher weder im Sinne der Bevölkerung, noch sind sie mit unseren kantonalen Nachhaltigkeitszielen vereinbar. Zahlreiche grosse Bauvorhaben in den letzten Jahren wurden ohne grössere Unterbauung realisiert. Wenn Bauten unter der Erde nötig sind, dann soll zuerst dort angesetzt werden. Wir sind überzeugt, jedes unterirdische Bauprojekt kann ohne die Gefährdung von wichtigem Grünraum realisiert werden. Wir müssen nur die Prioritäten entsprechend setzen.

Die Fraktion GAB bittet Sie daher, die vorliegende Motion erneut als Motion zu überweisen und nicht wie von der Regierung beantragt, als Anzug.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Felix Wehrli, ich möchte zuerst etwas richtigstellen. Ich habe ein 20-Prozent-Pensum auf der Akutgeriatrie im Felix Platter Spital und feiere das zehnjährige Jubiläum dieses Jahr. Ich bin also nicht ehemaliger Pfleger, sondern ich mache das immer noch. Aber das ist nicht der einzige Punkt, bei dem ich gestolpert bin in ihrem Votum.

Wenn ich da meinen Zettel anschau, da steht kein einziges Mal das Wort Auto, da steht kein einziges Mal das Wort Tschudi, sondern es geht wirklich um Bodenschutz. Und wenn Sie zum Tschudi-Parkhaus Fragen haben, können Sie gerne zu mir kommen. Ich kann Ihnen aus dem Stand fünf bis zehn Punkte sagen, wie das UKBB seine Park-Probleme, die ich keineswegs bestreiten will, innert Kürze und ohne Quartier-Widerstand und ohne Grünanlage anzutasten, lösen könnte. Und jetzt komme ich zu dem, was ich geschrieben habe.

Die Fraktion der SP würde Ihnen auch beantragen, die Motion ein zweites Mal als Motion zu überweisen und nicht in einen Anzug umzuwandeln. Die erste Stellungnahme ist kurz und ich sehe das eigentliche Anliegen der Motion darin eben ungenügend abgebildet. Die Motion verlangt ganz einfach, dass der Boden unter Parks und unter Grünanlagen geschützt wird vor Unterbauung. Also nicht auf ein notwendiges Minimum beschränkt, sondern gar nicht. Und ich wiederhole es gerne noch einmal. Boden ist ein wichtiger Lebensraum und für unser Stadtklima eine entscheidende Grundlage. In den Boden versickert bei Regen das Wasser, es wird dort gespeichert und bei Hitze wieder abgegeben. Dabei versorgt es die Pflanzen und kühlt durch die Verdunstung die Umgebung. Im Boden können sich viele unterschiedliche Lebewesen zurückziehen, die alle eine Funktion in der Natur haben. Und im Boden breiten sich Baumwurzeln etwa im selben Volumen aus wie oberirdisch die Baumkrone.

Und gerade wir, die unabhängig vom politischen Lager bei jeder Gelegenheit mehr Bäume fordern und uns bei jeder Fällung öffentlich empören, wir sollten uns doch auch einig sein, dass wir die vielen schönen, alten, schattigen Bäume, die wir in unserer Stadt noch haben, bestmöglich schützen müssen. Bei jedem Gewitter im Sommer, bei Herbststürmen oder auch wenn ausnahmsweise einmal eine grössere Menge Schnee fällt, stürzen alte Bäume um. Daran sehen wir, dass diese alten Bäume jetzt schon zu kämpfen haben in der viel genutzten Stadt und im Klimawandel. Und wenn nun noch am Wurzelraum



gegraben wird oder zwei Meter unter der Oberfläche ein Betondeckel zig Quadratmeter verschliesst, dann machen wir ihnen das Überleben noch schwerer und das, Nicole Strahm-Lavanchy, das ist eben der Unterschied. Wenn wir die Wurzeln, die schon da sind, weggraben, dann stressen wir den Baum. Wenn er um etwas rum wachsen kann, das schon da ist, dann hat er es einfacher. Und das sollte auch das überwiegende öffentliche Interesse sein und nicht eine neue Zivilschutzanlage, für die es auf die Schnelle keinen besseren Standort geben soll. Dieses Beispiel mit der Zivilschutzanlage, das hat übrigens die Sprecherin des BVD im Regionaljournal gebracht und es hat mich nicht gerade beruhigt in meinen Sorgen.

Aktuell ist es eben noch so, dass unter Grünanlagen in solchen Fällen gebaut werden darf. Das steht so im Bau- und Planungsgesetz. Mit der Motion könnten wir dies sehr einfach ändern. Ich bin auch überzeugt, dass dies ohne weiteres mit den laufenden Planungen zur klimaangepassten Siedlungsentwicklung vereinbaren lässt. Zu prüfen gibt es eigentlich nichts, entweder man will den Boden schützen oder man will es nicht.

Zum Schluss möchte ich auch nochmals auf den Punkt in der Motion hinweisen, dass kleinere Bauten, wie ein IWB-Leitungstunnel, weiterhin möglich bleiben sollen. Angedachte Verkehrsprojekte, wie von Andrea Strahm angesprochen, der Rheintunnel oder das S-Bahn-Herzstück die werden ebenfalls nicht betroffen, da sie in grösserer Tiefe in den felsigen Untergrund gebohrt werden. Grössere Bauwerke aber, die gehören für mich ganz klar unter Gebäude oder versiegelte Flächen und nicht unter Pärke. Es gibt genügend Bauprojekte, wo das möglich wäre.

Ich beantrage also Zweitüberweisung als Motion.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es gibt zwei Zwischenfragen. Die eine von Daniel Seiler, die andere von Beat K. Schaller. Beide werden angenommen.

*Daniel Seiler (FDP):* Ich möchte es einfach nochmal hören, wir reden also hier nicht von einem Lex Kinderspital-Parking bei dieser Motion? Ich möchte es vielleicht einfach für das Protokoll nochmal hören.

*Jean-Luc Perret (SP):* Ja, das bestätige ich Ihnen gerne. Es geht um einen Lex Park, Bodenschutz.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Beat K. Schaller bitte.

*Beat K. Schaller (SVP):* Ich habe hier auf Google Maps die Aufnahme der Obwaldnerstrasse, da ist in einem grossen Hinterhof unten drunter eine Tiefgarage. Sie sehen es, hier sind grosse blühende Bäume. Wie ist es denn möglich, dass hier die Bäume blühen und gedeihen, obwohl eine Tiefgarage darunter ist?

*Jean-Luc Perret (SP):* Dazu müsste ich wissen, ob die Tiefgarage älter als die Bäume ist, wie ich gesagt habe, dann ist es schon möglich.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

*Brigitte Kühne (GLP):* Das Bauen im Untergrund wurde lange, zu lange vernachlässigt, sowohl auf nationaler Ebene als auch bei uns hier in Basel-Stadt. Was im Untergrund geschieht, hat oftmals grosse Implikationen für den Obergrund. Gerade in unserem Kanton, wo verdichtet wird, wo der Raum oftmals knapp ist, ist es umso wichtiger, den Bodenschutz jetzt zu regeln, denn die Grünflächen spielen eine zentrale Rolle für die Ökosystemleistungen sowie für die so nötigen Freiräume. Bodenbasierte Ökosystemleistungen in der Stadt, das heisst, Nutzen, den der Mensch aus dem Ökosystem Boden ziehen kann, Jean-Luc Perret hat es schon erwähnt, ist Wasserretention und Speicherung, Wasserreinigung, lokale Klimaregulierung, Regulierung des Nährstoffkreislaufes sowie Habitatbereitstellung. Das heisst, Artenvielfalt sowohl über dem Boden als auch im Boden.

Wir wissen es aus der Antwort der Regierung auf diese Motion sowie auch vom Votum unserer Regierungsrätin Esther Keller im Juni, die Regierung unterstützt das Anliegen grundsätzlich. Mit dem Stadtklimakonzept, unserer neuen Biodiversitätsstrategie sowie dem angestrebten Schwammstadt-Prinzip ist klar, wenn wir mehr Bäume wollen und den Boden als Schwamm benutzen möchten, dann müssen wir Sorge tragen zum Boden, ihn schützen. Fina Girard hat dies sehr schön beschrieben. Überlegen Sie einmal, wenn Sie Bäume in der Stadt betrachten, der Wurzelraum eines Baumes ist gleich gross wie der Durchmesser des von oben betrachteten Baumes, damit es einem Baum gut geht. Das ist wirklich viel Wurzelraum.



Bauen wir Quartierparkings und private unterirdische Parkgaragen unter Häuser und nicht unter den für unsere Stadt so wertvollen Grünanlagen mit ihrem wertvollen Boden. Eigentlich ist es auch Machtpolitik, grosse wichtige Gebäude wie das UKBB, das Biozentrum oder den ETH Zürich-Bau zu bauen ohne Parkings und dann, damit es günstiger wird, unter Grünanlagen zu bauen.

Deshalb überweisen wir Grünliberalen die Motion ein zweites Mal und bitten Sie darum, es uns gleich zu tun.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrätin Esther Keller in der zweiten Runde das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Ich glaube, ich kann es kurz machen, so wie auch die Antwort kurz ist. Das hat zwei Gründe. Einerseits haben wir uns diesen Auftrag schon selbst gegeben, bevor dieser Vorstoss überhaupt überwiesen worden ist. Wir sind uns sehr bewusst, dass Unterbauung ein Thema ist, das sehr lange vernachlässigt wurde. Übrigens sind wir da nicht alleine, das haben sehr viele Kantone und auch der Bund vernachlässigt. Es ist uns sehr bewusst, dass wir da Nachholbedarf haben. Deshalb sind wir mitten in diesen Abklärungen, deshalb auch die etwas kurze Antwort und die Bitte, das als Anzug zu überweisen.

Heute ist noch nicht klar, ob wir das auch über einen einfacheren Weg lösen können, beispielsweise über eine Verordnung, oder ob das tatsächlich in ein Gesetz muss. So viel kann ich schon sagen, es ist insofern keine Lex Tschudi-Matte, als dass dieses Gesetz nicht greifen würde für dieses konkrete Projekt, das wäre nach altem Baurecht. Aber es ist klar, es ist natürlich, wenn Sie hier jetzt das als Motion überweisen, ein starkes Zeichen, also insofern keine Lex Tschudi-Matte, als dass dieses Gesetz bei diesem Projekt nicht mehr greifen würde. Dafür ist das Projekt zu weit fortgeschritten.

Aber ich denke, wir müssen das auch ganz unabhängig von diesem Projekt sehen. Wir sind da dran, wir sehen den Bedarf, den Untergrund besser zu regeln. In welchem Mass, in welcher Form, das soll jetzt ausgearbeitet werden, sorgfältig ausgearbeitet werden und Ihnen dann auch präsentiert werden. Deshalb bitten wir Sie, das als Anzug zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Fina Girard beantragt Überweisung als Motion, Felix Wehrli beantragt Nichtüberweisung.

## **Abstimmung**

### **Eventualabstimmung**

JA heisst Weiterbehandlung als Anzug, NEIN heisst Weiterbehandlung als Motion

### **Ergebnis der Abstimmung**

**42 Ja, 52 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001728, 19.10.23 20:54:11]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Weiterbehandlung als Motion

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für die Motion entschieden mit 52 Nein-Stimmen bei 42 Ja-Stimmen und einer Enthaltung. Felix Wernli beantragt Nichtüberweisung. Wir stimmen darüber ab.

## **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**52 Ja, 41 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001730, 19.10.23 20:54:59]



#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Motion dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion erneut als Motion überwiesen mit 52 Ja-Stimmen bei 41 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

#### **47. Anzug Franziska Roth-Bräm und Konsorten betreffend ÖV-Verbindung nach Inzlingen**

[19.10.23 20:55:12, 15.5295.05]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Anzug ist erledigt.

#### **48. Anzug Christoph Hochuli und Konsorten betreffend Öffnung der Unterführung Grenzacherstrasse für Velos/E-Bikes/Motorfahräder**

[19.10.23 20:55:35, 21.5710.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum. Erster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Christoph Hochuli.

*Christoph Hochuli (Mitte-EVP):* Der Regierungsrat möchte meinen Anzug abschreiben. Gleichzeitig schreibt der Regierungsrat in seiner Stellungnahme aber, dass er die Veloinfrastruktur an der Kreuzung Grenzacherstrasse/Schwarzwaldstrasse verbessern wolle und auch schon Lösungsansätze dafür habe. Das ist sehr erfreulich. Weiter schreibt der Regierungsrat, dass beim Abschluss der Erhaltungsmaßnahmen an der Osttangente auf der Kreuzung Grenzacherstrasse/Schwarzwaldstrasse das BVD die Öffnung der Unterführung für Velos weiter untersuchen wird.

Deshalb finde ich es logisch und sinnvoll, dass der Regierungsrat zu diesem Zeitpunkt ausführlich berichtet, welche Erkenntnisse bei dieser Untersuchung gewonnen werden konnten. Zudem erwarte ich in der zweiten Beantwortung des Anzugs eine stichhaltige Begründung, weshalb denn die Unterführung für Velos, E Bikes und Motorfahräder nicht geöffnet werden kann. In der vorliegenden Stellungnahme wurde diese Begründung sehr kurzgehalten. Ich bitte Sie deshalb auch im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Jérôme Thiriet.

*Jérôme Thiriet (GAB):* Der ursprüngliche Anzugssteller Christoph Hochuli hat eigentlich schon das Meiste gesagt. Die Antworten in der ersten Anzugsbeantwortung des Regierungsrats sind mehr oder weniger zufriedenstellend. Es sieht ja danach aus, dass man dann, wenn das ASTRA auch noch einverstanden ist und die Bauarbeiten dort auf dem Knotenpunkt fertig sind, eventuell diese Unterführung aufmachen könnte. Wenn es nach mir ginge oder nach dem Grün-Alternativen Bündnis, könnte man die Unterführung gerade sofort aufmachen, wenn es nach mir ginge, sogar auch im gemeinsamen Verkehr. Man könnte aber durchaus auch mal ausprobieren, diese für die Automobilisten und -mobilistinnen zuzumachen und nur Velofahrer\*innen dort unten durchzuführen. Ich denke auch, mit dieser Spurenkreuzung vorher, das wäre kein Problem.

Wir sind aber bereit, noch ein bisschen abzuwarten, wenn das nötig ist. Es ist einfach ganz wichtig, dass die Pendelroute dort endlich einmal sicher wird für die Velofahrer\*innen. Lorenz Amiet, habe ich gesehen, ist nachher auch noch auf der



Rednerliste, der sich ja jeweils in der Solitude ärgert, wenn alle Velofahrer\*innen dort durchfahren und das ist halt einfach immer noch die beste Ausweichroute für diese Strecke und da müssen wir wirklich schauen, dass es vorwärts geht auf dieser Kreuzung Schwarzwaldstrasse/Grenzacherstrasse.

Lassen wir es doch einfach stehen, weil dann bleibt es pendent bei Esther Keller und dann geht sicher nicht verloren, die Idee, dass wir eigentlich dort eine super sichere Unterführung dieses Knotenpunktes haben. In dem Sinn bittet das Grün-Alternative Bündnis Sie, den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Danke meinem Vorredner herzlich, dass er schon einen Drittel meines Votums vorweggenommen hat. Aus diesem Grund habe ich schliesslich auch diesen Anzug mitunterzeichnet, weil in der Tat ist es ein grosses Anliegen von mir, dass die Solitude-Promenade vom Fahrradverkehr entlastet wird.

Nun, die Regierung hat geprüft und sie hat berichtet und sie hat für die SVP nachvollziehbarerweise berichtet, warum diese Idee vielleicht nicht die allerbeste ist. Die Stichworte wurden schon genannt, Kompetenzen des ASTRA, Platzverhältnisse, usw. Viel wichtiger, und das wurde bis jetzt nicht erwähnt, die Regierung hat die Alternative aufgezeichnet. Man kann das gleiche Ziel oder praktisch das gleiche Ziel viel rascher erreichen mit oberirdischen Massnahmen, indem man die Velospuren erweitert, ergänzt, vergrössert oder Bus-/Velo-Kombispuren einführt. Und diese Lösung überzeugt uns von der SVP wesentlich mehr, als an dieser Idee der Unterführung festzuhalten.

Aus diesem Grund bitten wir Sie, den Anzug abzuschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

*Jean-Luc Perret (SP):* Im Namen der SP kann ich es kurz machen, denn wie meistens, wenn Antworten, Massnahmen und weitere Prüfungen sich ankündigen, dann beantragen wir, den Anzug stehen zu lassen. So auch hier.

Die schnell umsetzbaren Massnahmen, die wurden genannt von Lorenz Amiet. Wir möchten diese gerne sehen und dann den Anzug abschreiben. Und das andere sind diese Ideen, die der Regierungsrat aufgebracht hat, nach den Erhaltungsmassnahmen des ASTRA an der Osttangente, und das wäre dann auch nicht mehr so weit entfernt, das ist ab 2025, dann könnte man das bestimmt auch noch ausführlicher begründen, weshalb diese Unterführung jetzt befahrbar oder nicht befahrbar ist.

Wir finden, dieser Anzug hat seine Wichtigkeit, auch in der Diskussion um die Solitude-Promenade und S-Bahnstation, und deshalb wünschen wir uns, wie auch der Anzugstellende, eine neuerliche Berichterstattung und bitten Sie, den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

*RR Esther Keller, Vorsteherin BVD:* Diese Achse, die ist wirklich verbesserungswürdig. Es ist wichtig, dass wir da Verbesserungen erzielen für den Veloverkehr und deshalb haben wir uns jetzt als Departement auch nicht mit dem zweiten Teil der Antwort zufrieden gegeben. Wir sehen einfach, dass bis zu diesen Arbeiten an der Osttangente 2028 das schwierig ist. Ich komme noch mal darauf zurück. Wir haben uns nicht damit zufrieden gegeben und Lösungen gesucht, wie man schneller auch Verbesserungen umsetzen kann und das werden wir tun voraussichtlich bis Ende nächstes Jahr.

Beim Knoten selbst ist es so, dass das ASTRA nicht nur für die Autobahn zuständig ist, sondern auch quasi Einspracherecht oder ein Mitspracherecht hat, was die Kreuzungen gleich unmittelbar bei den Autobahnen anbelangt. Weil es darum geht, dass wenn beispielsweise wir mit der Kreuzung etwas machen würden, was sich dann in einen Rückstau auf die Autobahn niederschlägt, ist es natürlich problematisch. Deshalb hat das ASTRA das Recht, bei dieser Kreuzung mitzudiskutieren. Und solange diese Ertüchtigungsmassnahmen auf der Osttangente stattfinden, wird dieser Knoten dort stärker belastet sein und wir werden keine Erlaubnis vom ASTRA bekommen, diese Unterführung nur für Velos zu öffnen. Ich spüre dort eine Offenheit für die Zeit danach, aber nicht während diesen Arbeiten und das bringt mich jetzt etwas in Bedrängnis, weil ich nicht weiss, was ich bis ins Jahr 2028 Ihnen alle zwei Jahre berichten soll. Aber es ist klar, ich glaube, ab 2028 ist wieder etwas möglich.



Das Kurzfristige machen wir und wir werden es auch ganz sicher nicht vergessen, weil ich glaube, genau diese Achse ist auch etwas, was uns weiterhin beschäftigen wird, auch weil bei der Solitude jetzt nicht ganz kurzfristige Massnahmen möglich sind.

Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug abzuschreiben und wir sind dran, mit dem ASTRA Lösungen zu finden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

### Ergebnis der Abstimmung

**41 Ja, 54 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001733, 19.10.23 21:04:49]

### Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 54 Nein-Stimmen bei 41 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

## 49. Interpellation Nr. 74 Eric Weber betreffend Flughafen-Bus in Basel - warum ist dieser kostenfrei für Reisende, die in Deutschland buchen? Wer bezahlt das?

[19.10.23 21:05:05, 23.5303.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugeteilt. Der Interpellant hat die Möglichkeit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Eric Weber (Fraktionslos):* Ich habe mehrere Sachen aufgedeckt als Grossrat, die Zeitungen schreiben immer darüber. Zu dieser Sache muss ich sagen, es ist ein Rekord. Ich habe zwei schriftliche Anfragen gestellt zum gleichen Thema und diese Interpellation. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen, zwei schriftliche Anfragen und diese Interpellation, weil die Antwort immer wieder von der Regierung verschwiegen wird.

Ich bin mit der Antwort sehr unzufrieden und ich möchte das begründen. Ich werde diese Anfrage über andere Abgeordnete in den deutschen Bundestag bringen und dann werden wir die Antwort bekommen. Ich habe eine normale Frage gestellt, wie viel Geld bekommt Basel-Stadt für den Flughafen-Bus aus Deutschland. Sie wissen alle, Geld regiert die Welt. Die Sache ist komplex und ich komme bei meiner Interpellation nicht weiter. Die Fragen wurden nicht beantwortet. Die Fragen werden sogar falsch beantwortet von der Regierung.

Ich fange bei der letzten Frage an, Frage 4. Ich habe gefragt: Ist es folgerichtig, dass man mit dem 49-Euro-Ticket auch in ganz Basel kostenfrei fahren kann? Und da sagt die Regierung: Eric Weber, und die Antwort ist falsch, mit dem 49-Euro-Ticket können Sie vom Badischen Bahnhof bis zum Bahnhof SBB fahren. Das ist eine Antwort, aber nur ein Teil ist richtig. Das würde vielleicht eine ungenügende Note geben in der Schule, das würde vielleicht eine 3 geben, aber keine 6. Mit dem 49-Euro-Ticket können Sie auch vom Badischen Bahnhof nach Riehen fahren. Sie können auch mit dem Tram von Weil am Rhein, mit dem Tram-Nummer 8, bis zur Endstation fahren, weil die Bahn von Deutschland kommt. Die Regierung gibt mir falsche Antworten und darum bin ich sehr unzufrieden mit dieser Interpellation.

Ich möchte Ihnen mal sagen, was bei Frage 1. steht. Ich frage: «Warum kommt kein Geld von Deutschland für den Flughafen-Bus?» Dann sagt die Regierung: «Der Kanton sei nicht an der BVB beteiligt und die Leistungen werden der BVB vergütet.» Aber wir als Kanton haben die Oberhand über die BVB. Und jetzt widerspricht sich die Regierung schon bei der



Frage 2. Ich frage dort: «Welche Vereinbarung besteht konkret zwischen wem, dass der Flughafen-Bus in Basel kostenfrei ist?» Und da sagt die Regierung: «Der Flughafen-Bus in Basel ist nicht kostenfrei, für die Fahrt muss ein Rail&Fly-Ticket erworben werden. Für die Verrechnung besteht eine Vereinbarung zwischen der Deutschen Bahn und der SBB.» Aber ich will wissen, wie viel Geld die Schweizer aus dem Ausland für den Flughafen-Bus bekommen. Einmal heisst es, der BVB wird das vergütet, jetzt heisst es, die SBB bekommt das vergütet von der Deutschen Bahn.

Ich werde das anfragen lassen im deutschen Bundestag von der deutschen Regierung, dann müssen sie uns antworten und ich bin davon überzeugt, dass dann eine Antwort kommt: Ja, Basel schenkt uns das. Wir müssten für den Flughafen-Bus mindestens drei Millionen Franken pro Jahr bekommen, aber ich sage Ihnen, in Wahrheit bekommen wir vielleicht einen symbolischen Beitrag von 1'000 Franken. Und das kann nicht sein, weil das Rail&Fly-Ticket wird in Deutschland pro Tag 850'000-mal verkauft und mit dem Ticket können Sie den Flughafen-Bus nehmen. Von diesen 850'000 verkauften Tickets pro Tag fliegen natürlich nicht alle von Basel, aber ein grosser Teil.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **50. Interpellation Nr. 102 Stefan Wittlin betreffend Verkauf der Allmendflächen der Globus-Arkaden**

[19.10.23 21:10:41, 23.5394.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

*Stefan Wittlin (SP):* Wir kennen alle diese Baustelle hier in direkter Nachbarschaft, es ist auch nicht die erste Interpellation zu dieser Baustelle. Ich war im Sommer überrascht, als ich die mediale Berichterstattung gelesen habe, dass die Arkaden des Globus nun doch geschlossen werden sollen und habe dazu einige Fragen gestellt.

Vorweg möchte ich sagen, dass ich dem Projekt grundsätzlich positiv gegenüberstehe. Ich habe einen persönlichen Bezug zum Architekturbüro, das dieses Projekt umsetzt. Das war mein erster Arbeitgeber nach meinem Architekturstudium. Ich habe da quasi meine Lehre als Architekt absolviert und weiss, wie gut die Arbeit ist, das dieses Büro macht, und habe deshalb auch grosses Vertrauen in dieses Architekturbüro.

Ich war deswegen auch in persönlichem Kontakt, nachdem ich die Interpellation eingereicht hatte, auch mit der Grundeigentümerschaft und da hat sich einiges geklärt, insbesondere zur Kommunikation, weil es war wirklich etwas verwirrend. Man hat ursprünglich damit gerechnet, dass der Globus die Arkaden schliessen möchte, dann hat er das Baugesuch eingereicht ohne eine Schliessung der Arkaden und nicht nur das, sondern er hat auch eine Visualisierung erstellt, wo man das Projekt sah mit dieser neuen aufgefrischten Fassade mit dem Erhalt der Arkaden. Das hat die Online-Berichterstattung von Architektur Basel sogar dazu bewogen, eine Richtigstellung machen zu müssen. Spätestens dann hätte der Globus beziehungsweise die Grundeigentümerschaft oder auch die Architekten reagieren müssen und das richtigstellen, dass das nach wie vor vorgesehen ist, diese Arkaden zu schliessen. Vielleicht wäre dann etwas mehr Klarheit da gewesen von Anfang an.

Nun zu den konkreten Fragen und Antworten. Einerseits gab es Fragen zur Verkehrssituation, weil der Raum dadurch enger wird und da ist zwar jetzt nicht viel Neues zu finden in der Beantwortung, aber die Antworten sind für mich schlüssig und nachvollziehbar. Wir werden ja dann mit dem Vorprojekt zur Schifflande auch im Detail sehen, wie das aussieht. Was mich hier freut, ist, dass explizit auch bestätigt wird, dass geprüft wird, vom Marktplatz bis zur Mittleren Brücke durch die Eisengasse eine Begegnungszone einzurichten.

Der andere Teil der Fragen bezog sich auf die Arkaden und für mich war eigentlich die Kernfrage jene nach dem öffentlichen Interesse für diesen Deal. Für die, die es nicht wissen, heute ist diese Fläche Allmend. Die soll also verkauft werden und die Baulinie soll nach vorne geschoben werden, damit der Globus seine Schaufenster nach vorne rücken kann. Ich habe den Regierungsrat gebeten, das öffentliche Interesse dieses Deals darzulegen und was hier drinsteht in der Beantwortung ist eine Auflistung folgender Begriffe. Es steht, für eine Schliessung sprechen insbesondere verkehrliche, städtebauliche, denkmalpflegerische, betriebswirtschaftliche und sicherheitstechnische Argumente. Mehr weiss ich nicht dazu.

Bei einigen dieser Begriffe weiss ich wirklich auch nicht, was denn daran ein öffentliches Interesse sein soll. Verkehrliche, denke ich, können wir von mir aus abhaken. Ich sehe keinen Vorteil verkehrlich, deshalb überrascht es mich. Dann



städtebauliche, denkmalpflegerische kann man sicher so auslegen und ich weiss auch von den Architekten, dass das ihr grosses Anliegen ist. Aber wenn man über den denkmalpflegerischen Ansatz spricht, dann muss man einfach im Bewusstsein behalten, dass hintendran ein Neubau entsteht, dass wirklich nur die Fassade da bleibt beziehungsweise rekonstruiert wird. Zu gewissen Teilen wird rekonstruiert, wo von Anfang an eine Arkade war. Ich finde einfach wichtig, dass man diesen Hintergrund kennt. Dann betriebswirtschaftliche Aspekte, für den Globus glaube ich schon, aber für uns als Öffentlichkeit, das wage ich zu bezweifeln.

Alles in allem bin ich etwas enttäuscht, weil diese Auslegung fehlt des öffentlichen Interesses und deshalb bin ich nur teilweise zufrieden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Interpellant ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **51. Interpellation Nr. 112 Lisa Mathys betreffend Einschätzungen zur Verkehrsentwicklung im Osten der Stadt**

[19.10.23 21:16:15, 23.5426.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

*Lisa Mathys (SP):* Besten Dank für die Beantwortung meiner Interpellation. Ich erkläre mich teilweise befriedigt. Ehrlich gesagt, bin ich immer noch sehr verwirrt darüber, weil ich nicht verstehe, was genau unsere Regierung plant und will und was genau unsere Regierung wirklich auch in Bundesbern tun und unternehmen wird, damit wir in Basel-Stadt etwas von diesen grossen Projekten haben. Deshalb erkläre ich mich im Moment für teilweise befriedigt und wir werden sehen, wie es mit diesen Autobahnbindungen weitergeht.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Interpellantin ist mit der Antwort teilweise zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

## **52. Motion Sandra Bothe und Konsorten betreffend die gesetzliche Verankerung bezüglich der Förderung der Weiterbildung der Basler Bevölkerung**

[19.10.23 21:17:22, 23.5030.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die GLP ist Sandra Bothe-Wenk.

*Sandra Bothe-Wenk (GLP):* Wer rastet, der rostet. Erfolgreich unterwegs ist heute, wer bereit ist, sich kontinuierlich weiterzubilden und immer wieder mal neu zu erfinden. Die Frage, wie der Erhalt und die Förderung der Arbeitsmarktfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Kanton Basel-Stadt erreicht und gesetzlich verankert werden kann, ist der Kern dieses Vorstosses.

Die Stellungnahme der Regierung, die darauf hinweist, dass bereits heute Weiterbildungsbeiträge verfügbar sind, um den Aufstieg in der gelehrten Berufsrichtung, eine Zweitausbildung oder Umschulung zu unterstützen, greift das Hauptanliegen der Motion denn auch nur teilweise auf. Travail Suisse verdeutlicht die unterschiedlichen Weiterbildungspartizipation der Bevölkerung in der Schweiz nach Bildungsstand. Gerade mal 31 Prozent der Arbeitnehmenden ohne nachobligatorische Bildung profitieren von einer durch den Arbeitgebenden unterstützten Weiterbildung. Für Personen mit einem Abschluss auf





Sekundarstufe 2 beträgt der Anteil 56 Prozent. Immerhin. Hingegen liegt der Weiterbildungsanteil bei Arbeitnehmenden bei einem Tertiärabschluss bei 75 Prozent.

Der Dachverband fordert unter anderem denn auch, die Hürden zum Zugang zur Weiterbildung abzubauen und meint weiter, Arbeitnehmende müssen dafür bereit sein, aber Arbeitgeber müssen auch fördern und die öffentliche Hand unterstützen. Der Besuch von Weiterbildungen ist jedoch auch von den Ressourcen und Mitteln der Arbeitgebenden abhängig. Dies soll sich nicht zum Nachteil der weiterbildungswilligen Arbeitnehmenden auswirken. Die finanzielle Unterstützung durch den Bund von 50 Prozent der Kosten für eidgenössische Abschlüsse an höheren Fachschulen im Rahmen des Programms Berufsbildung 2030 ist sicher eine entscheidende Initiative für den Arbeitsmarkt. Das will ich ja gar nicht bestreiten. Im Gegenteil. Im Sinne einer Gleichbehandlung wäre sogar eine Übernahme der Studienkosten für diplomierte Berufsleute im gleichen Umfang wie für Maturanten und Maturantinnen eine Idee, die man weiterverfolgen könnte. Dies auch im Sinne der Stärkung der Berufslehre.

Es ist aber von grundlegender Bedeutung, dass Weiterbildung nicht ausschliesslich für diejenigen gefördert wird, die höhere Abschlüsse anstreben, sondern auch für diejenigen, die ihre Fachkenntnisse vertiefen und weiterentwickeln wollen, um in ihrem Berufsfeld fit zu bleiben. Indem wir hauptsächlich die höhere Bildung und Qualifikation fördern und mitfinanzieren, vernachlässigen wir die Fachkräfte an der Basis. In der Konsequenz heizen wir den Fachkräftemangel auf dieser Ebene einfach an. Wir befördern sie quasi weg. Entscheidend ist doch, zufriedene, qualifizierte und spezialisierte Fachkräfte in allen Bereichen zu haben. Die Gesellschaft ist darauf angewiesen. Und ein Mittel gegen den Fachkräftemangel ist, Arbeitnehmende gezielter auf dem Arbeitsmarkt anzusprechen, indem wir in ihre Weiterbildung auf allen beruflichen Ebenen investieren und ihr Potenzial besser fördern.

Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die fundierte Stellungnahme. Sie führt aus, dass dringender Klärungsbedarf für klare Kriterien in der Weiterbildungsförderung besteht und die Abgrenzung von Ausbildung zu Weiterbildung essenziell sei, um gezielt Förderung zu ermöglichen. Die GLP verweist sodann auf die angesprochenen Arbeitsmarktstipendien, die die Stadt Zürich eingeführt hat. Sie unterstützt ihre Einwohnenden mit Beiträgen an die Weiterbildung, wenn ihnen die Weiterbildung dabei hilft, ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt zu sichern und zu verbessern und hat dafür bereits Kriterien festgelegt. Die Grünliberalen finden dieses Modell sehr prüfenswert.

In diesem Kontext unterstützen wir die Umwandlung der Motion in einen Anzug. Wir vertrauen aber darauf, dass mit der Klärung der Kriterien auch tatsächlich der Weg geebnet wird, Menschen in Basel-Stadt, die sich weiterentwickeln wollen, zielgerechter zu fördern. Wir stehen vor erheblichen Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt, sei es durch den technologischen Wandel oder die demografischen Veränderungen. Wir müssen sicherstellen, dass alle die Möglichkeit haben, ihre Chancen zu nutzen. Wenn die Bevölkerung ihr Potenzial besser ausschöpft, ergeben sich daraus positive wirtschaftliche Effekte, von denen die Gesellschaft als Ganzes profitiert. Ich freue mich über alle Mitunterstützung für die Überweisung als Anzug und danke Regierungsrat Conradin Cramer, dass er ihn entgegennimmt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist die Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich halte wieder ein Doppelvotum, dieses Mal für die SVP und die LDP und unsere beiden Fraktionen empfehlen Ihnen, diesen Vorstoss abzuschreiben, anstelle ihn als Anzug zu überweisen. Und bevor man uns irgendwelche Argumente im Mund umdreht, wir sind nicht gegen Weiterbildungen. Wir sehen auch, dass Weiterbildungen wichtig sind, gerade im Kampf gegen den Fachkräftemangel, aber nicht, wenn es über die individuelle Steuerung geht, wie dies hier gefordert wird. Meine Vorrednerin hat sehr viel zu Zielgerichtetheit gesagt. Das ist wichtig, aber die erreichen wir nicht, wenn wir einfach allen Weiterbildungsgutscheine zur Verfügung stellen, wie das gefordert wurde. Die erreichen wir dann, wenn die Arbeitgebenden, die Mühe haben, ihre Arbeitskräfte zu fördern und ihnen Weiterbildungen zu ermöglichen oder daran zu zahlen, wenn diese Personen unterstützt werden. Dort kann auch geprüft werden, in welchem Rahmen der Kanton das übernehmen kann. Ansonsten möchte ich, wie schon beim ersten Votum zu diesem Thema, darauf hinweisen, dass jeder Arbeitgeber, der seine Mitarbeitenden mit einer Weiterbildung unterstützt, dies dann schlussendlich eigentlich nicht im Gewinn hat, der schlussendlich besteuert wird, das heisst Weiterbildungen zu finanzieren, ist schon in einem gewissen Masse attraktiv.

Und noch zum Fachkräftemangel. Auch hier ist es ja so, nicht alle Branchen sind betroffen zum Glück. Das heisst aber, dass besonders dort angesetzt werden muss, wo wir den Fachkräftemangel haben und wo er am stärksten ist und wo er uns am schnellsten das Genick bricht.

Aber die Forderung, wie sie hier gefordert wurde, die können weder die SVP noch die LDP unterstützen und wir hoffen sehr, dass der Regierungsrat in der weiteren Prüfung, die, wenn man auf die Kreuztabelle schaut, sehr wahrscheinlich ist in Form eines Anzugs, dort dann darauf eingeht, wo die Weiterbildungslücke geschlossen werden könnte und wo wirklich Unterstützung durch den Kanton notwendig ist. Denn eine pauschale Staatsunterstützung für Weiterbildungen, die hier gemäss ursprüngliche Forderung nicht besonders an die Zielgerichtetheit anknüpft, das kann es wirklich nicht sein.



Entsprechend bitten wir Sie, diese Motion, die Stellungnahme abzuschreiben, diesen Vorstoss nicht weiter zu behandeln und ich danke Ihnen herzlich für die Aufmerksamkeit.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Annina von Falkenstein beantragt die Nichtüberweisung. Wir kommen zur Abstimmung.

### Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

### Ergebnis der Abstimmung

**67 Ja, 26 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001742, 19.10.23 21:25:53]

### Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben die Motion als Anzug überwiesen mit 67 Ja-Stimmen bei 26 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

## 53. Motion Sasha Mazzotti und Konsorten betreffend Schaffung einer Fachstelle «Schule und Kultur» nach dem Vorbild des Kanton Zürichs - aus bestehenden Ressourcen

[19.10.23 21:26:05, 23.5123.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis Sommer 2025.

Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrat Conradin Cramer. Er verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

*Sasha Mazzotti (SP):* Ich erinnere mich an die Erstüberweisung. Es war Donnerstag, der 11. Mai kurz vor 12 Uhr, daher habe ich mein Votum damals drastisch gekürzt. Denn ich hatte grosse Unterstützung und die Überweisung hat geklappt. Die Regierung wollte es allerdings nicht und die Antwort, rechtlich unzulässig ein Killerargument. Wenn der Bedarf und die Notwendigkeit verstanden worden wären, wäre es sicherlich irgendwie möglich gewesen und die rechtliche Unzulässigkeit wäre nicht so ein Thema gewesen. Unabhängig davon, als Motionärin stelle ich fest, dass es vorbildlich gut funktionierende Beispiele in Zürich, Aargau, Luzern und der Ostschweiz gibt, die sich bestens bewähren. Das ED stellt sich auf den Standpunkt, dass hier alles in Butter ist bei uns, was in meinen Augen nicht stimmt. Das Vorbild Schule+Kultur in Zürich mit der Fachstelle ist ein Beispiel, so ein Vorbild.

Wenn das ED verstehen würde, worum es mir geht in dieser Motion und die Notwendigkeit anerkennen würde, könnten sie es von mir aus ganz anders bewerkstelligen. Die Forderung ist von Seiten unterschiedlicher Kulturschaffenden schon lange da. Es gibt diverse Konzepte und Vereine, die jeweils beim ED abblitzen. In der Antwort steht, dass eine Überarbeitung des Bildungsserver eduBS ansteht. Es wird möglicherweise kleine Verbesserungen mit sich bringen, aber das Thema ist die Schnittstelle, das Kuratieren, das Bündeln der Angebote und davon steht nirgends.

Es gibt auch Missverständnisse in der Antwort. Es geht nicht, wie vom ED in ihrer Antwort impliziert, um die Qualität der Angebote. Davon gibt es wirklich viele in Basel, sie sind sehr umfangreich und qualitativ hochstehend. Zitat ED: «Es gehört zu den Kernaufgaben der Lehr- und Fachpersonen, Bezüge zu den Kompetenzen des Lehrplans 21 herzustellen und dem Besuch einer Ausstellung oder einer Veranstaltung in den Unterricht einzubetten». Das Einbetten und die Bezüge schaffen, das wäre auch bei einer Kuratierung nach wie vor bei den Lehrpersonen. Zudem, das Modell einer Fachexpertin beziehungsweise Ansprechperson hat mit dem PZ.BS in Basel Tradition und ist bewährt. So gibt es das schon für die Fächer Mathe, Gestaltung, Französisch und Schulentwicklung. Es ist also nichts Artfremdes, was ich hier fordere.



Ich hätte nichts gegen einen Anzug gehabt, wenn die Antwort des Regierungsrates gewesen wäre: Wir sind dran, wir sehen das Thema. Wir werden mit der Abteilung Kultur zusammenarbeiten. Irgendsoetwas. Aber die Regierung will einen Anzug, damit sie in zwei Jahren berichten kann, wie sich die Webseite verbessert hat. So kommt es mir vor.

Ehrlich gesagt, ich bin unschlüssig. In der Fraktion haben wir besprochen, es als Anzug zu überweisen, so wie es die Regierung vorschlägt. Wissen Sie, und das werden Sie wahrscheinlich nicht oft aus meinem Mund hören, machen Sie, was Sie wollen, aber unterstützen Sie mich beim nächsten Vorstoss, Schule und Kultur 2.0, demnächst in diesem Saal.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

*Annina von Falkenstein (LDP):* Ich schon wieder, dieses Mal nur für die LDP. Schon bei der Erstüberweisung durfte ich auch zu diesem Geschäft votieren und schon dort habe ich auch verschiedenste Möglichkeiten, Synergien und wechselseitige Erfahrungen, die bereits heute in der Lehrerschaft vorhanden sind und in der Schulleitung und in der Schuladministration bewusster zu sammeln und zu nutzen, hingewiesen. Jetzt können wir noch schwarz auf weiss lesen, es braucht diese Fachstelle nicht zwingend. Es ist schon sehr viel abgedeckt, nicht zwingend unter einem Dach, aber die Infos und Ansätze, die sind da. Deshalb braucht es die Fachstelle eben nicht.

Ich bitte Sie erneut und will gar nicht viel mehr Zeit dazu verlieren, dieses Geschäft hier abzuschreiben, nicht zu überweisen, denn es gibt die Ansätze, sie sind auch wichtig, das bestreiten wir nicht, aber es braucht dafür nicht eine weitere gepoolte Stelle. Deshalb bitte nicht überweisen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die SVP ist Jenny Schweizer.

*Jenny Schweizer (SVP):* Ich bitte Sie, die Motion abzuschreiben und nicht als Anzug zu überweisen.

Ich habe vom Regierungsrat noch selten eine so klare Argumentation und Auflistung gesehen, dass ein Vorstoss keinen Sinn macht. So sagt er zum Beispiel, den Besuch einer Ausstellung, Veranstaltung in den Unterricht einzubetten und einen Bezug zu den Kompetenzen im Lernplan 21 herzustellen, sei Kernaufgabe jeder Lehrperson oder Fachperson. Und wenn es eine Kernaufgabe ist, dann gehe ich jetzt mal davon aus, dass die Lehrpersonen und Fachpersonen fähig sind und dementsprechend auch ausgesucht werden und es erwiesen ist, dass man ihnen das zumuten kann. Die Lernpersonen sind also absolut fähig, um die nötigen kulturellen Angebote passend zu ihrem Unterrichtsstoff zu finden. Sie können auch direkt mit den Veranstaltern die Angebote prüfen und selber fündig werden. Weiter führt der Regierungsrat aus, dass den Lehr- und Fachpersonen neben dem Bildungsserver weitere Plattformen zur Verfügung stehen. Diese seien stets aktuell. Für Theaterproduktionen bietet das ED sogar nochmals eine eigene Datenbank an.

Das regierungsrätliche Fazit des Ganzen ist, dass ein Transfer der Ressourcen und des Fachwissens in eine neue Abteilung keinen Sinn macht. Und wenn die Regierung die Sinnlosigkeit so klar formuliert, macht es für uns keinen Sinn, diese Motion auch noch als Anzug zu überweisen, sondern es macht Sinn, diese Motion konsequent abzuschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Regierungsrat Conradin Cramer verzichtet auf ein Votum in der zweiten Runde. Wir kommen zur Abstimmung.

Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. Annina von Falkenstein beantragt Nichtüberweisung.

### **Abstimmung**

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**59 Ja, 33 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001744, 19.10.23 21:34:26]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben sich für Überweisungen als Anzug entschieden mit 59 Ja-Stimmen bei 33 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

#### **54. Motion Alex Ebi und Consorten betreffend Planung eines neuen Hallenbads und einer neuen Publikumssporthalle**

[19.10.23 21:34:40, 20.5443.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, für die beiden Motionen die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Möchte der Regierungsrat das Wort? Er verzichtet. Ich habe keine Fraktionssprechenden eingetragen. Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Thomas Gander.

*Thomas Gander (SP):* Ich spreche hier als Einzelsprecher und auch als Mitglied des Initiativkomitees des 50-Meter-Schwimmbeckens. Ich bestreite das gar nicht, dass es diese Fristverlängerung braucht. Die Initiative, die Abstimmung wurde auch verlängert auf irgendwann bis 2025, wo die Abstimmung dann stattfindet, aber ich möchte meine Sorge ausdrücken. Und zwar besteht meines Erachtens im Moment die Situation, dass wir in eine totale Blockade in dieser Frage hineinlaufen.

Wir haben zwei Initiativen, die eingereicht wurden. Eine Initiative zum Schwimmbecken, die örtlich auf den Kanton bezogen nicht verbindlich ist, wo das stattfinden muss, und wir haben die Initiative zum Schutz des Musical Theaters, die irgendwann dann auch zur Abstimmung kommt. Und hier besteht natürlich die grosse Gefahr, dass Sport und Kultur in verschiedenen Abstimmungskämpfen gegeneinander ausgespielt werden. Hier wäre einfach mein Appell auch an die Regierung, jetzt diese Zeit, die wir ihm hier mehr geben, auch so zu nutzen, dass dies eben nicht passiert, dass eine kreative Lösung gefunden wird, sage ich jetzt mal, wo die verschiedenen Bedürfnisse miteinfließen können.

Das sage ich jetzt völlig offen, es kann sein, dass ein anderer Ort für ein Musical Theater gefunden wird, es kann aber auch sein, dass Alternativstandorte für ein Schwimmbecken gefunden werden. Aber wenn wir uns nur auf dieses Musical Theater konzentrieren, dann werden wir am Schluss nur Verlierer haben. Weil selbst wenn das Musical Theater dann bestehen bleibt durch eine Volksabstimmung, heisst das nicht, dass dort je wieder Mal ein Musical stattfindet, weil ich glaube nicht, dass der Regierungsrat zumindest gewillt ist, dort dann grosse Investitionen in ein Musical oder sogar Betriebskosten zu sprechen an eine neue Musicalproduktion. Und auf der anderen Seite besteht die grosse Gefahr, wenn über das 50-Meter-Schwimmbecken abgestimmt wird vor dem Volk, dass die Verknüpfung mit dem Musical Theater stattfindet und dann besteht die Gefahr, dass diese Initiative auch noch abgelehnt wird und dann sind wir bei Punkt null.

Jetzt gibt es aber eine Auslegungsordnung im Herbst, habe ich gehört. Ich weiss noch nicht, was da drinsteht und es wird dann an den Kommissionen liegen, diese Machbarkeitsstudie sehr gut zu beraten. Hier wäre mein Appell, wirklich zu schauen, dass wir nicht in eine totale Blockade hineinlaufen, sondern dass wir Lösungen finden im Sinne des Sports und im Sinne der Kultur. In Bern wurde jetzt ein Schwimmbecken eröffnet. Es hat auch etwa 20/25 Jahre gedauert, in Basel warten wir noch länger darauf. Wir haben jetzt die grosse Chance, das zu realisieren, aber ich glaube, die Gefahr muss uns bewusst sein, dass wir alle schlussendlich mit null dastehen und das darf uns in dieser Frage nicht passieren.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

*Alex Ebi (LDP):* Natürlich ist das eine Motion, die ich vor 13 Jahren eingereicht habe. Ich bin jetzt seit vier Jahren hier dabei oder fast fünf Jahre und ich habe das Gefühl, es ist ewig her, es ist drei Jahre her und es passiert nichts. Ich habe am Anfang gedacht, das sind alles nur Sprüche, die man da erzählt in der Politik, dass immer alles so lange geht, offensichtlich ist das auch ein Teil der Demokratie. Mir persönlich geht das viel zu lange. Ich komme aus der Privatwirtschaft und ich bin Sportler und ich weiss auch nicht, die beiden Roche-Türme, die haben später angefangen zu bauen, als ich das eingereicht habe.

Ich bin natürlich wahnsinnig enttäuscht und überrascht, dass das wirklich so lange geht und immer wieder kommt eine neue Idee. Dann heisst es, das machen wir zusammen, so eine Publikumssporthalle, wir versuchen, so eine Sportarena zu machen. Viele Sportler kommen zu mir und erzählen, aber Sie denken dann daran, wir brauchen auch noch eine Fechthalle, die Fechthalle ist nämlich jetzt auch kaputt, die müssen wir auch irgendwo hinbauen. Beach-Volleyballer kommen, die haben jetzt vielleicht etwas im Volta-Areal unter dieser Brücke. Von links und rechts kommen alle Sportler zu mir und haben das



Gefühl, ich könne jetzt da irgendetwas umsetzen und irgendwie will ich die auch nicht enttäuschen, aber ich komme irgendwo auch nicht weiter.

Jetzt kam wieder eine glatte Idee, wir machen ein Schwimmbad ins Musical Theater rein. Ich weiss nicht, wer in dieser Stadt schon einmal von dieser Idee gehört hat, aber die, die von dieser Idee gehört haben und mir etwas gesagt haben, haben gesagt: Wie? Musical Theater umhauen, Schwimmbad reinmachen? Es wird herumgeeiert, es geht immer länger und länger und länger und wie gesagt, es kommen immer neue Ideen. Jetzt stockt das wieder. Wir haben vor einiger Zeit gehört, wir haben 20 Orte, die da anscheinend evaluiert wurden für die neue Schwimmhalle. Da ist man auf die beste Idee gekommen, das in das Musical Theater hineinzumachen. Thomas Gander hat es jetzt gerade erzählt, am Schluss haben wir gar nichts, weil es allenfalls Volksabstimmungen gibt, zweimal kommt Nein und dann haben wir weder das eine noch das andere und das dritte kommt auch nicht.

Ich weiss nicht, was man machen muss in dieser Politik. Ich bin nicht so ein Routinier, aber irgendetwas muss doch sein, dass man hier einmal irgendeinen Schwung hineinbekommt, aber irgendwie klappt das einfach nicht. Und jetzt kommt wieder zwei Jahre warten, ich weiss nicht, auf was wir noch warten müssen. Wir haben das Joggeli dort unten, es ist sonnenklar, dass das ins Joggeli muss. Nein, das geht nicht, Münchenstein, Baselland, die machen sicher nicht mit, wer soll das zahlen? Es kommen 100 Argumente, warum etwas nicht geht. Ich würde mich wahnsinnig freuen, wenn einmal nur die Hälfte von diesen Argumenten kämen, die sagen, so geht es. Und auf das freue ich mich und darum kann ich nicht sagen, ich finde das toll, dass das jetzt noch stehen gelassen wird die nächsten zwei Jahre. Ich hoffe, es wird wirklich etwas bewegt in nächster Zeit und ich freue mich auf die tollen 20 Orte, wo wir vielleicht irgendeinmal zu hören bekommen, wo sonst noch das Schwimmbad hätte hinkommen können, wo es jetzt doch nicht sollte.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Frist zur Erfüllung um zwei Jahre zu erstrecken.

### **55. Anzug Johannes Sieber und Konsorten betreffend politische Bildung von Jugendlichen durch Abgabe eines Medien-Gutscheins**

[19.10.23 21:42:22, 21.5243.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

### **56. Motion Franziska Roth und Konsorten betreffend genügend Unterrichtszeit für alle**

[19.10.23 21:42:46, 23.5229.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Für den Regierungsrat hätte Conradin Cramer das Wort. Er verzichtet. Erste Fraktionssprecherin für die SP ist Franziska Roth.

*Franziska Roth (SP):* Ich erkläre mich zähneknirschend einverstanden, die Motion als Anzug weiterzuverfolgen. Die Begründung, warum die Motion rechtlich nicht zulässig ist, ist doch recht spitzfindig und hätte ich eine leicht andere Formulierung geschrieben, würde sie wohl als zulässig gelten. Mir ist Inhalt aber wichtiger als Form und ich mag mich auch



nicht auf einen Machtkampf einlassen. Ich möchte, dass das Anliegen umgesetzt wird, sei das jetzt in Form einer Motion oder in Form eines Anzuges. Ich erwarte darum, dass in den beiden genannten Massnahmenpaketen klar aufgezeigt wird, dass es vor allem beim Sek A-Zug, dass die Studentafel nicht gekürzt wird und dass tatsächlich Verbesserungen herbeigeführt werden.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Auch in der zweiten Runde verzichtet der Regierungsrat auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diesen dem Regierungsrat zu überweisen.

### **57. Anzug Stefan Wittlin und Konsorten betreffend Infrastruktur für Schwimmunterricht an der Primarschule**

[19.10.23 21:44:28, 21.5424.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Stefan Wittlin.

*Stefan Wittlin (SP):* Ich möchte mich zuerst bedanken für die Beantwortung dieses Anzuges und wenn man ihn in einem Satz zusammenfassen möchte, dann könnte man sagen, das ist alles kein Problem. Das wäre ja grundsätzlich eine gute Antwort, aber wenn ich mit Lehrpersonen spreche, wenn ich mit anderen Menschen spreche, die sich wirklich auskennen mit den Primarschulen, da war mir einfach klar, dass wir gewisse Punkte etwas genauer anschauen müssen und ich möchte vier Punkte hervorstreichen, wo ich mir wünsche, dass wir sie etwas genauer betrachten.

Das erste ist die Prognose zur Anzahl der Schülerinnen und Schüler. Die prognostizierte Anzahl wird zwar bis zum Schuljahr 29/30 dargelegt, es fehlt aber die langfristige Perspektive. Dem Umstand, dass die Zahlen weiterhin stark zunehmen werden, wird kaum Rechnung getragen. Zudem wird eine jährliche Gesamtkapazität von Schwimmlektionen angegeben und dieser Zahl wird die Anzahl Lektionen, die die Primarschule benötigt, gegenübergestellt. Und man kann es dann aus dem folgenden Satz in der Beantwortung schon rauslesen, aber diese Zahl, die ist einfach nicht direkt übertragbar, da die Primarschulen ihre Schwimmlektionen nur am Vormittag machen können.

Dann ein zweiter Punkt ist die Verschiebung der Priorität zu Lasten der Sekundarschule. Das hat mich eigentlich am meisten schockiert beim Lesen. Der Anzug, der ist ausdrücklich auf die Primarschulen ausgerichtet. Dennoch ist die Aussage, dass eine Verschiebung der Priorisierung von der Sekundarschule hin zur Primarschule stattgefunden hat, nicht zufriedenstellend. Unserer Ansicht nach darf die Sicherstellung des Schwimmunterrichts in den Primarschulen auf keinen Fall zu Lasten der Sekundarschulen gehen.

Ein dritter Punkt sind die anstehenden Sanierungen der Schwimmhallen. Dieser Punkt war zwar im Anzug nicht direkt gefordert, aber ich finde, man dürfte erwarten, dass der Regierungsrat auch die anstehenden Sanierungen bei der Auslegeordnung berücksichtigt. Meines Wissens stehen in Kleinhüningen, im Bäumlhof-Schulhaus wie auch in Riehen Wasserstelzenschulhaus Sanierungen an und es bleibt jetzt unklar, wie sich diese temporären Ausfälle der Infrastruktur, wie sich diese auswirken und wie diese kompensiert werden sollen.

Vierter Punkt, das sind die langen Wege. Die zurückzulegenden Wege von bis zu einer halben Stunde pro Weg erachtet der Regierungsrat als verhältnismässig. Dass dadurch auch zusätzliche Kosten für die Begleitung entstehen beziehungsweise dass dies einfach auf Kosten von Unterrichtszeit geschieht, das wird in der Beantwortung zu wenig ausgeführt. Und dass in diesem Zusammenhang auch die Schaffung von zusätzlichen Kapazitäten für die Schulklassen aus Grossbasel West als unnötig eingestuft wird, das ist für mich wirklich nicht zufriedenstellend. Ich glaube, da ist wirklich ein Problem in Grossbasel West, da gibt es zu wenig Infrastruktur. Der Anzug verlangt nicht, dass Sie jetzt eine neue Halle bauen, es gibt auch andere Möglichkeiten.

Aus den genannten Gründen möchten wir beantragen, diesen Anzug stehen zu lassen und insbesondere zu diesen Punkten, die ich jetzt genannt habe, ausführlicher nochmals Auskunft zu geben und allfällige Massnahmen, die nötig sind, einzuleiten.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

*Lorenz Amiet (SVP):* Doch mit einigermaßen grossem Erstaunen stelle ich fest, dass alle Parteien, die grün bis grünlich sind, an diesem Anzug festhalten wollen und damit an der Forderung festhalten wollen, dass in Basel zusätzliche Schwimmhallen gebaut werden sollen. Parteien, die sonst jedes Gramm CO<sub>2</sub> einzeln abzählen. Schwimmhallen sind Energiefresser. Je nachdem, je nach Quelle, je nach Grösse, usw. etwa 50 bis 100-mal so viel wie eine Durchschnittswohnung brauchen Schwimmhallen. Ja das kann Fernwärme sein, das kann elektrische Energie sein, das muss nicht unbedingt fossile Energie sein, aber Energie wird dennoch im ganz grossen Stil verbraucht.

Und wenn wir die heutige Grosswetterlage uns zu Gemüte führen und schauen, für was wir hier drin alles stehen wollen, dann steht dieser Anzug doch recht quer in der Landschaft. Dies, obwohl die Regierung meines Erachtens klar macht in ihrer Stellungnahme, dass die Kapazität genügt. Ja, in Einzelfällen muss man einen etwas längeren Weg in Kauf nehmen. Energie sparen ist dort am einfachsten, wo man nicht Komfort reduzieren muss, sondern keinen neuen Komfort schaffen muss, eben zum Beispiel bei zusätzlichen neuen Schwimmhallen.

Deshalb schreiben Sie bitte diesen Anzug ab.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Raffaella Hanauer.

*Raffaella Hanauer (GAB):* Auch das GAB möchte diesen Anzug stehen lassen. Ich möchte die Aspekte, die Stefan Wittlin bereits ausgeführt hat, nicht nochmals wiederholen. Ich möchte jedoch noch einen weiteren Aspekt hier in die Debatte einbringen, weshalb es mehr Schulschwimmhallen braucht. In Basel fehlen Wasserflächen, das haben wir immer wieder hier in diesem Saal auch schon gehört, das wissen wir auch schon lange. Es fehlen Wasserflächen nicht nur für Primarschulen, sondern auch für Sportvereine, für Schwimmschulen und für die Öffentlichkeit braucht es mehr Wasserflächen.

Als ehemalige Schwimmsportlerin und als ehemalige Schwimmlehrperson während sieben Jahren möchte ich Ihnen gerne näherbringen, dass die Primarschulzeiten nicht nur in diesen Hallen von den Primarschulen und Primarklassen genutzt werden möchten. Die Wasserflächen zu Schulzeiten würden auch von Eltern-Kind-Kursen, von Schwangerschaftsschwimmen, von Aquagymnastik und von vielen weiteren Angeboten gerne benützt werden. Nun, auch diese Kurse finden zu den Schulzeiten statt. Es ist ganz klar, dass die Primarschulen Vorzug haben sollen, das ist sicher eine gute Massnahme, jedoch führt dieser Vorzug auch dazu, dass andere Kurse zu wenig Wasserflächen haben, und das wirkt sich auch schon bei der Sekundarschule aus und es wirkt sich aber auch auf die Sportvereine und das Kursangebot für die Bevölkerung aus.

Schwimmen ist gesund, schwimmen fördert die Gesundheit von unserer Bevölkerung und daher, auch unter diesem Aspekt, bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion Mitte/EVP ist Brigitte Gysin.

*Brigitte Gysin (Mitte-EVP):* Von Seiten Mitte/EVP-Fraktion nur nochmals zu einem Aspekt. Die Schätzungen zu Kapazitäten sind nicht immer etwas schwierig, aber nehmen wir an, die sind ganz zuverlässig. So möchte ich doch auf den letzten Punkt, den Stefan Wittlin genannt hat, auch noch kurz eingehen, die Frage der Wege.

Die Schulhäuser Gotthelf, Isaak Iselin und Wasgenring sind in einem Gebiet, wo es keine Schwimmhallen hat. Sie müssen auf jeden Fall einen längeren Weg zurücklegen. Im St. Johann ist schon relativ hohe Belegung durch die Schulhäuser in der Gegend dort, die gehen in der Regel zum Beispiel an die Rittergasse oder ins Kirschgarten. Und dann darf man nicht unterschätzen, ich kenne Lehrpersonen, ich traue denen wirklich zu, dass sie das Maximum an Tempo aus ihren Schülerhorten im Primarschulalter herausholen, aber die sagen mir, dass sie faktisch für eine Lektion drei Lektionen brauchen, weil eben, eine halbe Stunde Weg und das Umziehen geht ja bei Primarschülern jetzt auch nicht immer so im superschnellen Tempo vonstatten. Das heisst, wenn sie ein Semester lang Schwimmunterricht haben, haben sie für 20 Lektionen Unterricht zusätzliche 40 Lektionen. Natürlich auch bei einem etwas kürzeren Weg würden vielleicht immer noch 20 Lektionen anfallen, aber es ist eine halbe Arbeitswoche, bei Primarschülern sogar etwas mehr Lektionen, die statt für Mathematik, Deutsch oder was auch sonst immer für den Weg zum Schwimmunterricht gebraucht werden.

Ich denke, wie Stefan Wittlin gesagt hat, vielleicht braucht es nicht unbedingt 20 neue Schwimmhallen, aber Überlegungen, wie man das ändern könnte, um den Schwimmunterricht, der wichtig ist, zu ermöglichen, ohne zu viel andere Unterrichtszeit dafür zu opfern. Das denke ich, wäre wichtig, darüber nachzudenken.



Darum bitte ich Sie im Namen der Mitte/EVP-Fraktion, dass Sie es stehen lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* In der zweiten Runde wünscht Regierungsrat Conradin Cramer das Wort und hat es.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Zunächst zum Positiven. Jedes Schulkind in Basel-Stadt kann schwimmen lernen. Das ist für uns selbstverständlich im städtischen Raum, das ist längst nicht in jedem Kanton selbstverständlich, geschweige denn im benachbarten Ausland. Also wir stehen da gut da. Dann auch das ist in der Anzugsbeantwortung geschildert, die Engpässe haben sich verringert in den letzten Jahren, wir stehen besser da, wir konnten es noch besser koordinieren. Wir haben Sanierungen abschliessen können, im Moment ist die Situation also insofern befriedigend. Wir haben, das steht auch im Anzug, an und für sich mehr Schwimmhallenkapazitäten als wir brauchen im Schulunterricht.

Aber, und jetzt kommt das aber, was Sie auch in der Debatte moniert haben, die Schwimmhallen sind aus Schulsicht suboptimal verteilt im Kanton. Hochprivilegiert ist hier das Kleinbasel und sozusagen unterprivilegiert ist Grossbasel West. Historische Zufälligkeit, aber es ist so und es ist tatsächlich auch so, wie Sie genannt haben, dass es in Extremfällen Wege von bis zu 30 Minuten gibt für eine Schulklasse zur nächstgelegenen verfügbaren Schwimmhalle. Und klarerweise ist das anspruchsvoll für die Schulorganisation, ist nicht zeiteffizient, ist nicht optimal. Wie viel die Schülerinnen und Schüler Schaden nehmen durch diesen Weg in die Schwimmhalle, das mag ich bezweifeln. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das so dramatisch ist, es ist ein bisschen eine Frage, wie stark man das problematisiert, wie schlimm man das findet. Es geht so, wie es ist, aber klarerweise aus Schulsicht hätten wir gerne noch eine oder gar zwei zusätzliche Schwimmhallen.

Nun, wie soll man das tun. In der Theorie könnte man eine Schwimmhalle im Raum Grossbasel West, also im Raum Gotthelf, Wasgenring, Neubad bauen. Ja, Stefan Wittlin, Sie sagen, das fordern sie nicht, Sie möchten mich anhalten zu kreativen Ideen. Ich muss Ihnen gestehen, mir fehlt da ein bisschen die Kreativität. Ich habe auch gemerkt, dass man mit kreativen Ideen zum Bau von Schwimmhallen durchaus nicht überall auf Zustimmung stösst. Also das ist anspruchsvoll.

Wenn Sie wirklich sagen, wir haben ein Problem, ein echtes Problem, wir müssen das beheben, ich glaube, da muss man ehrlich sein und sagen, ja gut, dann nehmen wir die zehn, 20 Millionen in die Hand, bauen irgendwo eine Schwimmhalle, versuchen das auf kantonseigenem Gelände in einem Bestandsbau. Ich weiss nicht wo, also ich weiss wirklich schlicht nicht wo und wenn man sieht, wie es der Sportinfrastruktur in Grossbasel West geht, ein privater Verein versucht seit über fünf Jahren eine Tennishalle zu realisieren, ist mit Einsprachen ohne Ende konfrontiert, also selbst wenn man es wollte, und Sie wollen es ja gar nicht, wäre es hoch anspruchsvoll.

Aus diesen Gründen sehe ich irgendwie nicht, was ich Ihnen in zwei Jahren wieder berichten soll, gestützt auf diesen Anzug. Wenn, dann müsste man wirklich ehrlich fordern, baut neue Schwimmhallen und das Geld dafür geben, das Land dafür geben, wo dann eben etwas anderes nicht gebaut werden kann, zum Beispiel eine Publikumssporthalle, sondern es wäre dann eine Schulsporthalle, also ich glaube, da müsste man einfach klarere Aufträge geben seitens des Parlaments. Einfach den Anzug jetzt stehen lassen, damit können wir nicht viel bewegen und das ist auch der Grund, warum der Regierungsrat das Problem nicht so dramatisch findet, aber durchaus anerkennt, Ihnen aber Abschreiben des Anzugs beantragt.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage vor von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Ich habe eine Frage zu Seite 4, zur Auflistung der Schulen. Können Sie mir sagen, wo die Schule Walkeweg, die entstehen wird, wo die dann schwimmen wird? Sie ist dort nicht aufgeführt, weil sie ja noch nicht in Betrieb ist.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Jetzt auf die Gefahr hin, dass ich Ihnen nicht da komplett Auskunft geben kann abends um 10 Uhr. Was ja klar ist, wir haben die Schwimmhalle Sesselacker, das war ja, glaube ich, bei Anzugeinreichung noch nicht sicher. Die steht jetzt definitiv den Schulen zur Verfügung, die haben wir ja übernommen von der CMS. Also das ist die Hauptmöglichkeit.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt noch eine Zwischenfrage vor von Christian von Wartburg. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.





*Christian von Wartburg (SP):* Was genau ist unklar an der Motion Alex Ebi «Planung eines neuen Hallenbads»? Das ist ja genau ein solcher Auftrag gewesen, dass man ein solches neues Hallenbad plant. Nur weil Sie vorher gesagt haben, Sie hätten keine klaren Aufträge.

*RR Conradin Cramer, Vorsteher ED:* Ich spreche viel mit Alex Ebi, aber selten über Primarschülerinnen und Primarschüler. Hier geht es um eine Publikumssporthalle möglichst mit einem 50-Meter-Becken, das ist eine andere Geschichte als eine Schulsporthalle.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Stefan Wittlin beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

### **Abstimmung**

JA heisst abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst stehen lassen

### **Ergebnis der Abstimmung**

**32 Ja, 57 Nein, 1 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001749, 19.10.23 22:00:51]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 57 Nein-Stimmen bei 32 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

## **58. Anzug Sandra Bothe und Konsorten betreffend Einführung eines Praktikums in der Fachmaturitätsklasse Pädagogik für zukünftige Lehrpersonen**

[19.10.23 22:01:10, 22.5523.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

## **59. Interpellation Nr. 114 Jo Vergeat betreffend «Ist die Durchführung der UEFA Women's Euro 2025 in Basel gefährdet?»**

[19.10.23 22:01:30, 23.5433.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Die Interpellantin hat uns mitgeteilt, dass sie mit der Antwort zufrieden sei. Die Interpellation ist erledigt.



## 60. Motion Joël Thüring und Konsorten betreffend Eindämmung überbordender Bürokratie

[19.10.23 22:01:55, 22.5302.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um ein Jahr zu erstrecken.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum in der ersten Runde. Ich habe keine Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Pascal Pfister.

*Pascal Pfister (SP):* Es wird langsam zum Dauerbrenner, dass ich noch das letzte Votum oder eines der letzten Voten halten darf. Deshalb habe ich es auch nicht geschafft, mich als Fraktionssprecher einzutragen, aber ich werde hier für die SP und das GAB sprechen. Wir sprechen hier über eine Motion. Da geht es darum, die Bürokratie abzubauen bei der Umsetzung des Wohnschutzes. Es ist eine Motion, die eigentlich eine klare Frist hat von sechs Monaten, wo wir eigentlich denken, das wäre durchaus nötig und möglich gewesen, diese Fragen innerhalb dieser Frist zu erledigen. Jetzt geht es noch einmal um eine Fristverlängerung und wir können zähneknirschend da zustimmen, dass wir nochmals diese Zeit geben, weil es bringt ja nichts, auf der Frist zu bestehen, wenn man genau weiss, dass die Antwort noch nicht vorliegt und wir jetzt nochmals diese Zeit brauchen beziehungsweise die Zuständigen im entsprechenden Departement.

Wichtig ist uns aber trotzdem nochmal festzuhalten, die scheinbar mangelnde rechtliche Zulässigkeit von zwei Forderungen. Hier müssen wir doch nochmal etwas richtigstellen. Ich weiss, es ist ein Dauerthema ein bisschen im Moment mit diesen Motionen und ihrer rechtlichen Zulässigkeit. Ich möchte nicht über die anderen Motionen urteilen, aber in diesem Fall ist es uns schon sehr wichtig, hier das klarzustellen. Es handelt sich bei diesen zwei Forderungen, die bestritten werden, um einfache Massnahmen. Es wird keine neue Behörde und keine neue Stelle verlangt. Wir bestehen nicht darauf, dass eine leitende Person gekündigt wird oder irgendeine personelle Massnahme gemacht wird.

Es geht also in dem Sinn nicht darum, einen in der Kompetenz des Regierungsrats liegenden Rekurs, der abgelehnt wurde, doch noch gutzuheissen, usw. Wir denken, es geht hier wirklich nicht, dass wir hier die alleinigen Kompetenzen des Regierungsrates beeinträchtigen. Wir verlangen hier einfache Massnahmen und das ist absolut im Sinne der sogenannten Verordnungsmotion. Ich verweise hierzu auf den Praxiskommentar zum Gesetz über die Geschäftsordnung des Grossen Rates auf der Seite 242.

Die Motion ist demnach bei allen drei Punkten rechtlich zulässig. Die lakonische, einsilbige Antwort des Regierungsrates auf die Forderung 1. und 3. können wir also nur als Weigerung verstehen, diese Motion in allen Teilen umzusetzen. Damit sind wir nicht einverstanden, denn der Grosse Rat hat verbindliche Aufträge hier überwiesen und wir stimmen der Fristverlängerung zu, aber unter Vorbehalt des Gesagten.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Joël Thüring.

*Joël Thüring (SVP):* Ich kann mich inhaltlich Pascal Pfister voll und ganz anschliessen. Ich danke, dass er das auch so ausgeführt hat. Für uns gibt es eine kleine Differenz. Wir sind der Ansicht, es braucht keine Fristverlängerung. Es ist nicht allzu komplex, was gefordert wird. Diese Motion wurde überwiesen an den Regierungsrat und sie kann so umgesetzt werden, wie sie auch formuliert worden ist. Es scheint uns auch sehr wichtig, wenn wir Berichte lesen, ungeachtet, ob man nun auf der Seite derer ist, die dieses Wohnschutzgesetz toll oder weniger toll finden, dass man es möglichst so handhabt, dass es unbürokratisch vonstattengehen kann. Das, glaube ich, ist im Sinne auch eines fairen Wohnschutzverfahrens und eines Wohnschutzverfahrens, das möglichst auch effizient ist. Deshalb beantrage ich, dass wir dieser Fristverlängerung nicht zustimmen. Ich sehe aber auch den «Chrüzlistich» und ich sehe, dass dieser Antrag keine Mehrheit finden wird, also sprich, dass der Regierungsrat diese Fristverlängerung gewährt erhält.

Und dann möchte ich trotzdem auch auf diesen anderen Punkt zu sprechen kommen, der jetzt auch schon mein Kollege Pascal Pfister erwähnt hat, das ist diese Frage der rechtlichen Zulässigkeit. Und das ist einfach, und da bitte ich auch den Regierungsrat, noch einmal in sich zu gehen, es ist einfach so, dass wir mit dieser neuen Formulierung gemäss unserer Geschäftsordnung, Paragraph 42 Abs. 1, die Möglichkeit geschaffen haben, dass wir als Grosser Rat den Regierungsrat beauftragen können, das so umzusetzen, wie wir es wollen. Es gibt keine Begründung, weshalb diese Motion nur teilweise rechtlich zulässig ist. Es geht hier weder um eine organisatorische Frage, wo welche Dienststelle in einem Departement angesiedelt ist. Das liegt in der Kompetenz des Regierungsrates. Aber diese konkrete Forderung, die wir stellen, das hat Pascal Pfister auch schon gesagt, gehört da nicht darunter.

Ich empfehle dem Regierungsrat deshalb dringend, diesen Paragraph 42 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Grossen Rates noch einmal zu studieren, mit dem Rechtsdienst des Regierungsrates anzuschauen und ich verweise hier auch explizit auf



den Praxiskommentar zur Geschäftsordnung, der ja von einem ehemaligen Leiter unseres Parlamentsdienstes geschrieben worden ist, der darauf ebenfalls deutlich hinweist und es gibt auch andere Juristen, die in der Zwischenzeit das ganz klar so sehen, dass diese Motion rechtlich vollständig zulässig ist.

Deshalb, ich versuche es trotzdem, bitte gewähren Sie dem Regierungsrat keine Fristverlängerung. Das ist mein Antrag. Wenn Sie diese Fristverlängerung gewähren, bitte ich den Regierungsrat aber zur Kenntnis zu nehmen, dass diese Motion vollständig rechtlich zulässig ist.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Regierungspräsident Beat Jans verzichtet in der zweiten Runde auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

### **Abstimmung**

JA Fristerstreckung, NEIN keine Fristerstreckung

### **Ergebnis der Abstimmung**

**82 Ja, 10 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001753, 19.10.23 22:09:39]

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Frist um ein Jahr zu erstrecken.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben dem Antrag des Regierungsrats zugestimmt mit 82 Ja-Stimmen bei 10 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

## **61. Motion Jo Vergeat und Konsorten betreffend aktives Stimm- und Wahlrecht für 16-Jährige**

[19.10.23 22:09:55, 19.5161.03]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

### **Der Grosse Rat beschliesst**

Die Frist um zwei Jahre zu erstrecken.

## **62. Anzug Michael Wüthrich und Konsorten betreffend Stoppen des Projekts "Ausdehnung von E-Voting"**

[19.10.23 22:10:20, 18.5416.04]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.



*Joël Thüring (SVP):* Im Namen meiner Fraktion bitte ich Sie, dass dieser Anzug stehen gelassen wird. Ich bin nicht sehr oft an der Seite von Michael Wüthrich, das war nämlich der Urheber dieses Anzuges, wie Sie wissen, und der Anzug damals, ich war damals auch schon Mitglied dieses Rates, hatte eine klare Stossrichtung, weshalb er eingereicht worden ist, und diese Stossrichtung ist, dass E-Voting unsicher ist. Und an diesem Grundsatz hat sich nun wirklich überhaupt nichts geändert. Michael Wüthrich ist ein Experte in diesem Gebiet, auch wenn Sie mit anderen IT-Experten sprechen, wird Ihnen das bestätigt werden, daran hat sich nichts geändert.

Weshalb muss nun dieser Anzug stehen gelassen bleiben, nämlich weil der Regierungsrat auf Seite 4 sagt, dass er beabsichtigt, bis zur maximalen Grenze von 30 Prozent des kantonalen Elektorats für kommende Urnengänge, sollten die jetzt dann erfolgreich verlaufen, auch dieses E-Voting zur Verfügung zu stellen, sodass eine elektronische Stimmabgabe möglich wäre. Das lehnen wir ab, wir sind gegen eine elektronische Stimmabgabe. Wir können uns bei den Auslandschweizern damit einverstanden erklären, so wie es ja auch in diesem jetzigen Teil des Anzuges auch beschrieben ist, aber darüber hinaus sind wir nicht dafür, dass diese Ausdehnung vorgenommen wird.

Wir haben hier kein Schreckensszenario an eine Wand gemalt, das unrealistisch ist. Wenn wir sehen, überall auf der Welt, wo Wahlen stattfinden, gibt es Versuche, diese Wahlen digital zu beeinflussen. Sie haben überall diese Meldungen auch gelesen über die Wahlen 2020 in den Vereinigten Staaten. Sie haben gehört, was dort auch seitens anderer Staaten für Versuche unternommen wurden, diese Wahlen zu beeinflussen und E-Voting ist, auch wenn man es mit einem Schweizer Anbieter macht, einfach zu unsicher und wir glauben, dass es die Demokratie nicht verträgt, dass wir hier ein Risiko eingehen und uns auf elektronische Kanäle verlassen.

Auch das können Sie jetzt glauben oder nicht, aber ich glaube, solange wir auch beim Kanton immer wieder von grossen Datenlecks betroffen sind, ich möchte daran erinnern, dass es erst vor wenigen Monaten einen erheblich massiven Angriff auf das Erziehungsdepartement, auf die dortigen Daten gegeben hat, dann ist diese Sorge nicht unberechtigt und dann scheint uns das, insbesondere wenn es um Abstimmung und Wahlen geht, erst recht für sehr gefährlich zu sein.

Wenn wir den Anzug stehen lassen, ist zumindest auch die Idee weiterhin beim Regierungsrat vorhanden, dass wir diesem unsicheren System des E-Votings weiterhin sehr kritisch gegenüberstehen und wir hier nun nicht möchten, dass er mit dem Abschreiben des Anzuges die Möglichkeit erhält, diese Idee, so wie er es in der Begründung ausführt, irgendwann auszudehnen.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Oliver Thommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Danke, Joël Thüring, es war ja damals gar kein Anzug, sondern es war eine Motion, die später dann umgewandelt wurde. Ich denke, das war im Umfeld der damaligen Situation mit dem E-Voting, wie es auch vom Bund her vorgesehen war, absolut richtig, dies so in die Schranken zu weisen und hat letztendlich auch zum Stopp aller Projekte in der ganzen Schweiz geführt und zu einem Neuaufgleisen dieser E-Voting-Projekte. Und das jetzige Projekt, wie es vom Bund vorgesehen ist, mit den Einschränkungen, die gemacht worden sind, aber auch jetzt mit dem baselstädtischen von der Staatskanzlei vorgesehenen Verfahren, denken wir, dass es in diesem Rahmen als Pilotprojekt durchführbar ist. Klar, es wird evaluiert werden müssen und wir sehen ganz klar, dass wenn eine solche Evolution ergeben sollte, dass Sicherheitsbedenken bestehen sollten, dass man dann wieder parlamentarisch eingreifen müsste, sollte der Regierungsrat nicht selbst zu dieser Erkenntnis kommen. Wir bitten Sie also, hier abzuschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Bruno Lötscher-Steiger..

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Dieses Thema hat gewisse Ermüdungserscheinungen. Nicht nur hier bei uns im Saal, weil wir schon den ganzen Tag eine Marathonsitzung haben, sondern weil man seit etwa 20 Jahren darüber redet. Und jetzt sind wir offenbar so weit, dass wir meinen, wir haben die Probleme gelöst und das stimmt nicht. Wenn Sie mit ernsthaften, seriösen Informatikern sprechen, haben wir hier ein grosses Problem, das auf uns zukommt und wir verschliessen die Augen.

Natürlich wollen wir, dass die Informatik alle Lebensbereiche durchdringt, aber seien wir doch ehrlich, das Wählen und das Abstimmen ist nicht ein derart komplexes Verhalten, dass hier dringend Vereinfachungen nötig wären, die die Informatik mitbringen. Das neue System, das jetzt vorgesehen ist, hat in Neuenburg schon gezeigt, dass es Lecks geben wird, dass es Lücken hat und dass Schwachstellen bestehen und dass man nicht überprüfen kann per Papier, ob man effektiv irgendeinem fremden Provider irgendwie auf den Leim gekrochen ist.



Warum wollen wir denn das unbedingt durchdrücken beziehungsweise warum wollen wir diesen Anzug abschreiben, wo wir das doch gar noch nicht sicher wissen? Ich meine, einer der fundamentalen Eckpunkte unserer Demokratie ist das Vertrauen auf die Richtigkeit und Korrektheit des Resultats. Das Mehrheitsprinzip ist das A und O unserer Demokratie mit so vielen Abstimmungen und das wird mit dem E-Voting eigentlich unnötig in Frage gestellt. Ich plädiere dafür, nötige Versuche zu machen, aber ich plädiere auch dafür, das nicht zu forcieren. Es sind vor allem die Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, die wirklich davon profitieren. Wollen wir das? Ist es der Wert, dass man nach 20, 30, 40 Jahren dann immer noch vom Ausland her möglichst einfach mitwählen, mitstimmen kann, dass wir das ganze System in Frage stellen?

Ich kann jedes Wort unterstreichen, unterschreiben, das vorher Joël Thüring gesagt hat. Ich meine nicht, dass es Sinn macht, diesen Anzug jetzt einfach abzuschreiben. Lassen wir ihn stehen. Die Probleme sind nicht gelöst und die Demokratie ist ein zu wichtiges Gut, als dass wir hier mit 30 Prozent des Elektorats Prüfungen und Experimente machen können.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage vor von Oliver Thommen. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Oliver Thommen (GAB):* Für gewisse behinderte Menschen ist es eine grosse Erleichterung, ein E-Voting-Zugang zu haben. Würden Sie dem dann zustimmen, dass diese einen haben können?

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Das ist ein sehr guter Einwand, da bin ich sehr damit einverstanden. Aber das wird nicht dazu führen, dass 30 Prozent des Elektorats daran teilnehmen müssen an diesen Versuchen. Machen wir doch zum Beispiel die Versuche mit behinderten Personen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Luca Urgese.

*Luca Urgese (FDP):* Sie entnehmen dem «Chrüzlistich», die FDP ist offen, deshalb meine Wortmeldung als Einzelsprecher. Ich denke, ich kann mit gutem Gewissen sagen, ich bin wahrlich kein Digitalisierungsgegner. Wir haben in diesem Gremium diverse Digitalisierungsvorstösse, die pendent sind, die von mir kommen, also ich würde mich vielleicht sogar als Digitalisierungsturbo bezeichnen für den Kanton. Aber ich verstehe wirklich nicht, warum der Kanton Basel-Stadt jetzt unbedingt bei diesem E-Voting vorne mit dabei sein will. Das ist eigentlich von der Komplexität her eines der komplexesten Dinge, die Sie machen können in der IT und das hat mit dem Wahl- und Stimmgeheimnis zu tun. E-Banking ist viel einfacher als E-Voting, weil beim E-Voting müssen Sie sicherstellen, dass man nicht nachvollziehen kann, wie Sie gestimmt, wie Sie gewählt haben. Und das ist unglaublich komplex, das sicherzustellen und trotzdem zu gewährleisten, dass man nachvollziehen kann, ob die Stimme am Schluss dann richtig gezählt wurde oder nicht. Ich kann wirklich nicht nachvollziehen, wieso man hier so eine grosse Priorität setzt, wenn man sieht, bei anderen IT-Projekten, nicht nur, aber auch dieses Kantons, wie viele Probleme, dass es gibt mit deutlich einfacheren Projekten.

Es ist letztendlich eine Frage des Vertrauens. Das hat Bruno Lötscher absolut richtig gesagt, ich kann jedes Wort unterschreiben, das er in seinem Votum gesagt hat. Das Vertrauen, das wir hier in Frage stellen, in unser Abstimmungssystem. Wir gehen hier ein enormes Risiko ein und müssen uns fragen, ist es dieses Risiko wirklich wert. Und gerade weil wir ein solch enormes Risiko eingehen mit E-Voting, müssen wir uns die Frage stellen, stehen denn wenigstens auf der anderen Seite der Abwägung so grosse Vorteile, dass es dieses Risiko wert ist. Und die Antwort ist klar, nein, das ist nicht so. Sie haben, das kann man zugestehen, bei den Auslandschweizern den klaren Vorteil. Dort haben wir ein zeitliches Problem mit dem Versand, man könnte sich noch überlegen, kann man das irgendwie via Botschaften lösen, aber ja, da haben wir ein Problem, da haben wir einen Vorteil mit E-Voting. Bei Menschen mit Behinderungen sieht es dann schon wieder anders aus. Das grösste Problem haben wir dort bei den blinden Personen und dort gibt es inzwischen eine ganz einfache Lösung, entwickelt vom Schweizerischen Blindenverband, eine Kartonschablone, mit viel weniger Aufwand zu machen, mit viel weniger Risiko zu machen, damit Menschen mit Behinderungen eigenständig diese Zettel ausfüllen können.

Man verspricht sich davon eine höhere Stimm- und Wahlbeteiligung. Inzwischen nachgewiesen, das ist klarerweise nicht der Fall, die Stimmbeteiligung, die steigt nicht. Man verspricht sich davon, es wird einfacher. Haben Sie einmal die Testplattform der Post ausprobiert, wie dieses E-Voting dann wirklich funktioniert? Das ist deutlich komplexer, als einfach bei diesem Stimmzettel die Kreuze zu machen oder zu wählen. Das ist deutlich komplizierter, es ist nicht einfacher. Und dann noch die Behauptung, dann nehmen mehr Junge Teil, weil die Jungen sind ja heute alle digital. Auch das in einer Studie, die kürzlich publiziert wurde, klarerweise widerlegt. Das ist noch eigentlich lustig, die Menschen, die E-Voting nutzen, das sind die älteren Herren. Die älteren Herren sind die, die überdurchschnittlich oft E-Voting nutzen, aber wie wir wissen, sind das auch diejenigen, die auf Papier diejenigen sind, die überdurchschnittlich wählen gehen. Also auch dort, Ziel nicht erfüllt.



Das ist die Gesamtabwägung, die man hier vornehmen kann, und dann unter dem Strich die Frage, und dafür lohnt es sich jetzt, dieses grosse Risiko einzugehen? Meine Antwort klarerweise, nein. Deshalb bitte ich Sie, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage von Georg Mattmüller vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Georg Mattmüller (SP):* Ich wollte die Diskussion eigentlich nicht verlängern, aber ist Ihnen bewusst, dass der Schweizerische Blinden- und Sehbehindertenverband als erste Priorität das E-Voting im Forderungskatalog hat? Die Schablone ist eine veraltete Geschichte und man muss dabei helfen, wenn jemand es selbst nicht kann.

*Luca Urgese (FDP):* Mein Austausch mit dem Blindenverband ist noch nicht so lange her, dass man das als veraltet bezeichnen könnte.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Nächster Einzelsprecher ist Olivier Battaglia.

*Olivier Battaglia (LDP):* Mich fasziniert immer wieder, wie man in der Informatik zugegebenermassen die Horror-Geschichten hört. Oliver Thommen hat etwas ganz Schönes gesagt. Es ist ein Verfahren, was hinter der Geschichte jetzt hier steht. Es ist ein Verfahren, welches auch überprüft, dass man entsprechend auch diese digitale Sicherheit hat. Ohne das Verfahren, da würde ich Joël Thüning recht geben, da hätte ich auch meine Bedenken.

Ich bin zufälligerweise als ethical Hacker unterwegs und versuche auch Systeme zu knacken im Auftrag meiner Auftraggeber und bin häufig sehr erfolgreich. Das andere mache ich nicht. Und da ist es eigentlich so, dass man da wirklich feststellt, dass rein aus einer technischen Optik die ganze Geschichte ohne weiteres seine Lücken hat und meistens irgendwo bei den Menschen angesiedelt ist, die Fehler machen.

Wenn aber ein Verfahren dahintersteckt, welches Checks and Balances macht, ich denke, die meisten von Ihnen machen auch die Zwei-Faktor-Authentisierung, die einem da entsprechend die Sicherheit gibt, es gibt verschiedene Verfahren und im vorliegenden Fall bin ich eigentlich sehr positiv gewesen oder immer noch, weil das ganze Verfahren, was jetzt dort implementiert worden ist, nicht nur auf Informatik beruht, sondern auch genügend Checks and Balances im Hintergrund hat, die sicherstellen, dass das Verfahren funktioniert. Deshalb danke Oliver Thommen.

Von daher möchte ich Sie bitten, das Ganze jetzt hier abzuschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Es liegt eine Zwischenfrage von Bruno Lötscher-Steiger vor. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

*Bruno Lötscher-Steiger (Mitte-EVP):* Ich möchte nur kurz fragen, ob es nicht so ist, dass das Hauptproblem beim ungesicherten Endgerät des Stimmbürgers, der Stimmbürgerin liegt? Das können Sie nicht in den Griff bekommen.

*Olivier Battaglia (LDP):* Es gibt sehr viele mögliche Eingriffspunkte und das System in sich, wenn jetzt jemand dort gehackt wird und es nur auf der Endgerät-Plausibilisierung liegen würde, ja, ansonsten nein.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* In der zweiten Runde verzichtet Regierungspräsident Beat Jans auf ein Votum. Wir kommen zur Abstimmung.

## **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst Stehenlassen

## **Ergebnis der Abstimmung**



**56 Ja, 28 Nein, 3 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001756, 19.10.23 22:27:41]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug abzuschreiben.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 56 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen.

### **63. Anzug Pascal Messerli und Konsorten betreffend kantonaler Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus**

[19.10.23 22:27:58, 21.5495.02]

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Möchte jemand einen Antrag stellen? Pascal Messerli.

*Pascal Messerli (SVP):* Ich bitte Sie, diesen Anzug im Namen der SVP-Fraktion stehen zu lassen. Ich habe den Regierungsrat gestern scharf kritisiert, hier in diesem Geschäft muss ich den Regierungsrat loben. Es wurde hier bei der Anzugsbeantwortung gut gearbeitet. Ich habe auch mit den Mitarbeitenden des Präsidialdepartements gute Gespräche geführt. Vielen Dank an dieser Stelle.

Es ist gut, was kam in der Beantwortung, dass eine Stelle eingeführt wird, damit antisemitische Fälle gemeldet werden. Es ist gut, dass das Likrat-System eingeführt wird. Es ist gut, dass das Sicherheitsdispositiv schon vor ein paar Jahren erhöht wurde und es ist gut, dass bei der Wahrung der Erinnerungskultur auch ein Bezug zur Basler Geschichte gemacht wird. So weit so gut, da möchte ich auch nichts dagegen sagen und das ist tadellos.

Trotzdem ist es, glaube ich, jetzt vielleicht der falsche Zeitpunkt, um diesen Anzug abzuschreiben. Wir haben aktuell die Situation in Europa und auch in der Schweiz wahrscheinlich in den nächsten Wochen und Monaten, dass der Hass auf die Juden in den Strassen eskalieren wird und hier braucht es explizit mehr Sicherheitsmassnahmen. Wir hatten heute Abend eine Demonstration in Kleinbasel, bei der auch antisemitische Parolen geschürt wurden. Wir haben Vereine, die in Basel tätig sind, die antisemitisch aktiv sind, das hat auch die Interpellation von Joël Thüring sehr gut aufgedeckt.

Auch beim Likrat-System fehlt mir so etwas wie das Obligatorische dahinter. Ich bin mir jetzt nicht sicher, ob jetzt das eingeführt werden kann oder bei Bedarf eingeführt wird oder vielleicht eingeführt wird. Und auch generell vielleicht beim Thema Lehrplan, ich sage nicht, man muss ein eigenes Fach oder ein neues Fach einführen, aber dass zumindest das Thema Zweiter Weltkrieg oder das Thema Nahost auch generell neben dem Likrat-System bei den Schulen oder in allen Schulen stattfindet und thematisiert wird. Da müssen wir schon auch einen Schwerpunkt daraufsetzen.

Ich kann mich an meine Schulzeit erinnern, wo tatsächlich jemand nach seiner obligatorischen Schulzeit mich gefragt hat, was Auschwitz bedeutet, und wir haben auch Petitionen in diesem Grosse Rat schon mehrfach überwiesen, weil Schülerinnen und Schüler gesagt haben, das Thema Zweiter Weltkrieg kommt zu wenig vor in den Schulen. Und auch hier in diesem bildungspolitischen Bereich ist es wichtig, dass wir diesen Anzug auch stehen lassen. Ich habe auch einen Massnahmenplan gefordert, dass periodisch darüber berichtet wird, über die Fortschritte in den einzelnen Bereichen, die ich aufgelistet habe.

Basierend auf diesen Punkten bitte ich Sie im Namen der SVP-Fraktion, diesen Anzug stehen zu lassen.

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. In der zweiten Runde wünscht Regierungspräsident Beat Jans das Wort.

*Regierungspräsident Beat Jans:* Wir haben diese Antwort vor dem 7. Oktober geschrieben und hätten grosses Verständnis dafür, Sie in zwei Jahren spätestens nochmal über dieses Thema zu informieren. Das wollte ich einfach noch nachschieben.



*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Pascal Messerli beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

#### **Abstimmung**

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst Stehenlassen

#### **Ergebnis der Abstimmung**

**0 Ja, 87 Nein, 0 Enthaltungen.** [Abstimmung # 0001758, 19.10.23 22:32:38]

#### **Der Grosse Rat beschliesst**

den Anzug stehen zu lassen

*Bülent Pekerman, Grossratspräsident:* Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 87 Nein-Stimmen bei keiner Gegenstimme und keiner Enthaltung.

#### **Schluss der 34. Sitzung**

22:33 Uhr